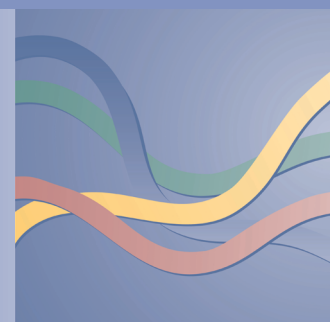


GESAMTWIRTSCHAFTLICHE PROGNOSE der OeNB für Österreich 2021 bis 2024

Kräftige Konjunkturerholung bei gleichzeitig
hoher Unsicherheit über Effekte der
Omikron-Mutante auf die Wirtschaft



Kräftige Konjunkturerholung bei gleichzeitig hoher Unsicherheit über Effekte der Omikron-Mutante auf die Wirtschaft

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2021 bis 2024 vom Dezember 2021

Friedrich Fritzer, Doris Prammer, Mirjam Salish, Martin Schneider und Richard Sellner¹
Redaktionsschluss: 9. Dezember 2021

Die österreichische Wirtschaft hat sich im Verlauf des Jahres 2021 stärker als erwartet vom Einbruch des Jahres 2020 erholt. Mit dem Einsetzen der vierten Corona-Welle erfährt die Erholung zum Jahreswechsel 2021/22 erneut einen Dämpfer. Das BIP-Wachstum im Gesamtjahr 2021 wird dadurch aber nur geringfügig beeinträchtigt und liegt bei 4,9 %. Zu Jahresbeginn 2022 bestimmen noch die negativen Effekte der vierten Corona-Welle auf den Tourismus und die anhaltenden globalen Lieferengpässe die österreichische Konjunktur. Mit deren Auslaufen wird sich die Wirtschaft wieder rasch erholen und im Jahr 2022 um 4,3 % wachsen. Für die Jahre 2023 und 2024 wird mit einer Abschwächung des Wachstums auf 2,6 % und 1,8 % gerechnet. Damit erreicht die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2022 wieder das Vorkrisenniveau und kehrt bis zum Ende des Prognosehorizonts fast zum Vorkrisentrend zurück. Der Arbeitsmarkt hat sich sehr schnell von den Verwerfungen durch die COVID-19-Pandemie erholt und war in den letzten Monaten durch Arbeitskräftemangel geprägt. Die Arbeitslosenquote laut AMS sinkt nach einem Anstieg auf 10,1 % im Jahr 2021 wieder auf 8,2 %. Bis zum Jahr 2024 wird ein Rückgang auf 6,0 % erwartet. Die HVPI-Inflationsrate ist aufgrund von Energiepreisanstiegen und globalen Lieferengpässen im Jahr 2021 auf 2,7 % gestiegen. Im Jahr 2022 werden Energiepreise, die Einführung der CO₂-Steuer per 1. Juli sowie Teuerungen bei nichtenergetischen Rohstoffen zu einem weiteren Anstieg auf 3,2 % führen. In den Jahren 2023 und 2024 führen das Auflösen der angebotsseitigen Engpässe gemeinsam mit sinkenden Energiepreisen zu einem Rückgang der Inflation auf 2,3 % und 2,0 %. Das Budgetdefizit verbessert sich 2021 dank der konjunkturellen Erholung deutlich auf 5,9 % des BIP. Mit der weiteren Erholung und dem Auslaufen der diskretionären COVID-19-Maßnahmen sinkt das Defizit im Jahr 2022 weiter auf 2,1 %. Die ökosoziale Steuerreform beeinträchtigt die positive Budgetentwicklung kaum. Die Staatschuldenquote wird vom historischen Höchststand von 83,2 % des BIP im Jahr 2020 kontinuierlich auf 75,5 % des BIP im Jahr 2024 sinken.

1 Zusammenfassung

1.1 COVID-19-Pandemie bestimmt die Konjunkturerholung zum Jahreswechsel 2021/22

Im Verlauf des Jahres 2021 wurden zunächst rasche Fortschritte in der Durchimpfung der Bevölkerung gemacht. Im Frühsommer waren die Neuinfektionszahlen sehr niedrig und es bestanden nur geringfügige Einschränkungsmaßnahmen. Mit dem Einbruch der kalten Jahreszeit in Verbindung mit zu niedrigen Impfquoten und einer abnehmenden Wirksamkeit der Impfstoffe hat die vierte

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, friedrich.fritzer@oenb.at, doris.prammer@oenb.at, mirjam.salish@oenb.at, martin.schneider@oenb.at, richard.sellner@oenb.at. Unter Mitarbeit von Gerhard Fenz, Ernest Gnan, Birgit Niessner, Beate Resch und Klaus Vondra.

Corona-Welle der Pandemie erneut zu Eindämmungsmaßnahmen geführt, die die wirtschaftliche Aktivität dämpfen.

1.2 Weltwirtschaft: Liefer- und Kapazitätsengpässe bremsen die globale Erholung

Im Jahr 2021 erfolgte ein kräftiger Aufschwung der Weltwirtschaft nach dem pandemiebedingten Einbruch im Jahr 2020. Die Erholung verläuft jedoch regional sehr unterschiedlich und wird im Jahresverlauf zusehends durch Lieferengpässe und starke Preisanstiege bei Rohstoffen und bei Energie gebremst. Dies treibt die Inflation in weiten Teilen der Weltwirtschaft.

1.3 Teilentfall der Wintersaison 2021/22 und Auflösung der Lieferengpässe bestimmen Exportverlauf

Die starke internationale Konjunktur bewirkte, dass die österreichischen Güterexporte zur Jahresmitte 2021 das Vorkrisenniveau deutlich übertrafen und einen historischen Höchststand erreichten. Die globalen Lieferengpässe dämpften die Exporttätigkeit im zweiten Halbjahr. Mit einer schrittweisen Auflösung wird ab dem zweiten Quartal 2022 gerechnet. Die vierte Corona-Welle und die deutschen Reisewarnungen belasten den österreichischen Tourismus in der Wintersaison 2021/22 erneut schwer, wodurch ein Entfall von 50 % der Nächtigungen ausländischer Gäste gegenüber Vorkrisenwerten erwartet wird. Nach dem durch Aufholprozesse getriebenen starken Wachstum der Exporte von Gütern und Dienstleistungen von 10,5 % im Jahr 2021 wird für die Jahre 2022 bis 2024 mit Wachstumsraten von 3,2 %, 4,8 % und 2,5 % gerechnet.

1.4 Lockdown verschiebt Aufholprozess im privaten Konsum

Der private Konsum war auch im Jahr 2021 deutlich von der Pandemie geprägt. Nach dem dritten Lockdown gab es zwar einen starken Aufholprozess im Sommer, der durch die vierte Corona-Welle und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung jedoch jäh unterbrochen wurde. Mit einem Wachstum von 1,8 % kann der private Konsum den Einbruch des Jahres 2020 nur teilweise kompensieren. Nach dem vierten Lockdown im November/Dezember 2021 wird der Konsum im Jahr 2022 mit einem Plus von 5,7 % zur Stütze der heimischen Konjunktur. Neben Nachholeffekten spielen der Abbau von während der Pandemie angehäuften Überschussersparnissen und die Steuerreform eine wichtige Rolle. In den Jahren 2023 und 2024 bleibt das Konsumwachstum mit 3,4 % und 2,4 % weiterhin kräftig.

1.5 Auslaufen der Investitionsprämie dämpft Investitionswachstum ab 2022

Die Investitionen erholten sich bereits im zweiten Halbjahr 2020 von ihrem Einbruch während des ersten Lockdowns. Im Jahr 2021 wurde bedingt durch die gute Industriekonjunktur und gestützt durch die Investitionsprämie mit einem Wachstum von 5,7 % das Niveau des Jahres 2019 übertroffen. Mit dem Auslaufen der Investitionsprämie und der Abschwächung der Exportdynamik schwächt sich auch der Investitionszyklus deutlich ab.

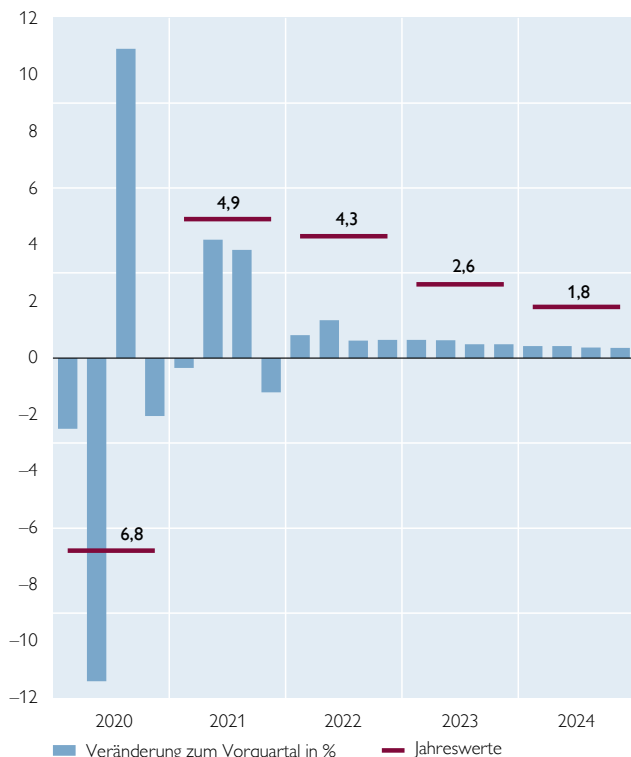
1.6 Kaum negative Effekte des vierten Lockdowns auf den Arbeitsmarkt

Im Jahr 2020 war die Kurzarbeit ein wichtiges Instrument zur Stabilisierung der Arbeitsmarktlage. Mit der schnell voranschreitenden Erholung wurde dieses

Hauptergebnisse der Prognose

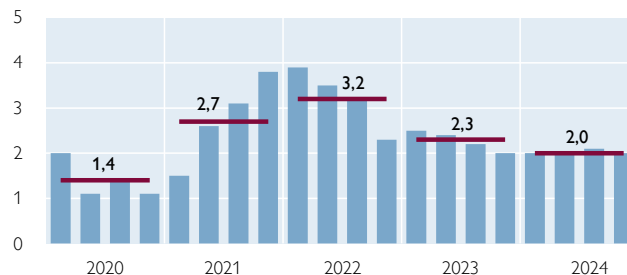
Wachstum des realen BIP¹

Veränderung zum Vorquartal in % (saison- und arbeitstägig bereinigt)



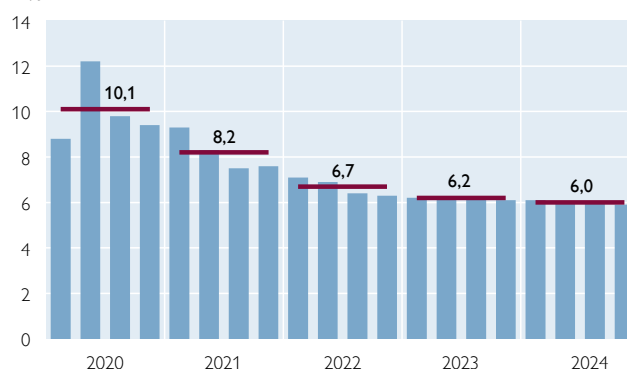
Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Veränderung zum Vorjahr in %



Arbeitslosenquote nach AMS-Definition²

in %



Quelle: WIFO, Statistik Austria, OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

¹ Saison- und arbeitstägig bereinigt.

² Basierend auf saisonbereinigten Monatsdaten.

Instrument immer weniger in Anspruch genommen. Das Jahr 2021 war durch einen starken Beschäftigungsaufbau bei gleichzeitigem Fachkräftemangel und einer Rekordzahl an offenen Stellen geprägt. Der vierte allgemeine Lockdown hat wegen seiner kurzen Dauer keine nennenswerten Effekte auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote laut AMS sinkt nach einem Anstieg auf 10,1 % 2021 wieder auf 8,2 %. Bis zum Jahr 2024 wird mit einem Rückgang auf 6,0 % und damit deutlich unter das Vorkrisenniveau (2019: 7,4 %) gerechnet. Die Arbeitslosenquote nach EU-Definition wird von 6,3 % im Jahr 2021 über den Prognosehorizont bis auf 4,7 % im Jahr 2024 sinken. Ein Vergleich mit Vorkrisenwerten ist dabei aufgrund methodologischer Umstellungen nicht sinnvoll.

1.7 Löhne steigen im Einklang mit Inflation und Produktivität

Die starke wirtschaftliche Erholung zur Jahresmitte 2021 und die in der zweiten Jahreshälfte gestiegene Inflation führten im Herbst 2021 zu höheren Lohnabschlüssen für das Jahr 2022 in der Höhe von durchschnittlich 3,2 %. Für die Jahre 2023 und 2024 wird mit einer Abschwächung des Wachstums der Kollektivvertragslöhne auf 3,1 % und 2,7 % gerechnet. Das kumulierte Lohnwachstum der Jahre 2021 bis 2024 entspricht dabei der Summe aus kumuliertem Produktivitäts-

wachstum und kumulierter Inflation. Daher geht vom Lohnwachstum im Prognosezeitraum kein zusätzlicher Preisdruck aus.

1.8 Energiepreisbedingter Inflationsdruck lässt Ende 2022 nach

Die Inflation hat sich energiepreisbedingt und aufgrund der globalen Lieferengpässe im Verlauf des Jahres 2021 deutlich beschleunigt. Für das Gesamtjahr 2021 wird die HVPI-Inflationsrate bei 2,7% zu liegen kommen. Im Jahr 2022 werden die Weitergabe der gestiegenen Großhandelspreise von Gas und Strom auf die Endverbraucher, die Einführung der CO₂-Steuer per 1. Juli sowie Teuerungen bei nichtenergetischen Rohstoffen zu einem weiteren Anstieg auf 3,2% führen. In den Jahren 2023 und 2024 führen das Auflösen der angebotsseitigen Engpässe gemeinsam mit rückläufigen Terminnotierungen für Energie zu einem Rückgang der Inflation auf 2,3% und 2,0%.

1.9 Budgetdefizit liegt bereits 2022 wieder unter 3% des BIP

Das Budgetdefizit verbessert sich 2021 dank der konjunkturellen Erholung deutlich gegenüber 2020, bleibt mit 5,9% des BIP jedoch noch hoch. Bereits 2022 fällt es mit der weiteren Erholung und dem Auslaufen der diskretionären COVID-19-Maßnahmen mit 2,1% deutlich unter die Maastricht-Grenze von 3%. Die ökosoziale Steuerreform, die ab 2022 gestaffelt in Kraft tritt, beeinträchtigt die positive Budgetentwicklung kaum. Aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums wird auch die Staatschuldenquote vom historischen Höchststand von 83,2% des BIP im Jahr 2020 bereits 2021 geringfügig zurückgehen. Über den Prognosehorizont sinkt sie dann kontinuierlich bis auf 75,5% des BIP im Jahr 2024.

Tabelle 1

Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Dezember 2021 für Österreich¹

	2020	2021	2022	2023	2024
	<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>				
Wirtschaftliche Aktivität					
Bruttoinlandsprodukt	-6,8	+4,9	+4,3	+2,6	+1,8
Privater Konsum	-8,4	+1,8	+5,7	+3,4	+2,4
Öffentlicher Konsum	-0,4	+5,3	-0,9	+0,3	+0,7
Bruttoanlageinvestitionen	-5,0	+5,7	+2,7	+1,9	+1,3
Exporte insgesamt	-11,5	+10,5	+3,2	+4,8	+2,5
Importe insgesamt	-9,3	+11,3	+1,9	+4,5	+2,4
	<i>in % des nominellen BIP</i>				
Leistungsbilanzsaldo	1,9	-1,3	-0,5	1,0	1,3
	<i>in Prozentpunkten</i>				
Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP²					
Privater Konsum	-3,2	+0,6	+2,0	+1,2	+0,8
Öffentlicher Konsum	-0,1	+0,9	-0,2	+0,0	+0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,7	+0,8	+0,4	+0,3	+0,2
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	-4,0	+2,3	+2,2	+1,5	+1,2
Exporte	-3,6	+2,9	+0,9	+1,4	+0,8
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	+0,4	+0,9	+0,0	+0,0	+0,0
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Preise					
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+1,4	+2,7	+3,2	+2,3	+2,0
Deflator des privaten Konsums	+1,4	+2,5	+2,9	+2,2	+2,0
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	+2,3	+2,3	+2,3	+2,5	+1,9
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	+7,7	-0,2	+0,9	+2,0	+1,6
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	+1,9	+3,0	+3,5	+3,3	+2,6
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	+10,4	-1,9	+2,8	+2,1	+2,5
Importpreise	-1,8	+4,9	+3,9	+1,8	+1,9
Exportpreise	-0,8	+2,6	+2,8	+2,3	+1,8
Terms of Trade	+1,0	-2,2	-1,1	+0,4	-0,1
	<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>				
Einkommen und Sparen					
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-2,0	-2,8	+3,3	+3,6	+2,5
	<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>				
Sparquote	14,3	9,6	7,1	7,3	7,4
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Arbeitsmarkt					
Unselbstständig Beschäftigte	-2,0	+1,6	+1,7	+1,4	+0,8
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	-9,4	+6,4	+2,4	+2,5	+0,9
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>				
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,1	6,3	5,4	5,0	4,7
Arbeitslosenquote gemäß AMS ³	10,1	8,2	6,7	6,2	6,0
	<i>in % des nominellen BIP</i>				
Öffentliche Finanzen					
Budgetsaldo	-8,3	-5,9	-2,1	-1,4	-1,1
Schuldenstand	83,2	82,7	79,5	77,0	75,5

Quelle: 2020: Statistik Austria; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

¹ Die Prognose wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erstellt (Stand: Q3 21).

² Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.

³ Basierend auf saisonbereinigten Monatsdaten.

2 Annahmen zur Prognose

2.1 Allgemeine Annahmen

Die vorliegende Prognose für die österreichische Gesamtwirtschaft ist der Beitrag der OeNB im Rahmen der Projektionen des Eurosystems vom Dezember 2021. Der Prognosehorizont reicht vom vierten Quartal 2021 bis zum vierten Quartal 2024. Die Annahmen zur Entwicklung der Weltwirtschaft, zu Zinssätzen, Wechselkursen und Rohölpreisen berücksichtigen Entwicklungen bis einschließlich 26. November 2021. Die Prognose wurde unter Verwendung des makroökonomischen Quartalsmodells der OeNB erstellt. Die von Statistik Austria berechneten saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liegen bis zum dritten Quartal 2021 vor.

2.2 Weltwirtschaft: Liefer- und Kapazitätsengpässe bremsen die globale Erholung

Die Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2021 von den Folgen der ersten Corona-Wellen im Jahr 2020 erholt. Der Aufschwung hat im Jahresverlauf jedoch an Dynamik verloren und wurde zunehmend heterogener. Während die wirtschaftliche Aktivität in den meisten entwickelten Volkswirtschaften das Vorkrisenniveau schon erreicht hat oder nur mehr knapp darunter liegt, leiden viele Entwicklungsländer aufgrund niedriger Impfquoten stärker unter der Pandemie. Die globale Verbreitung der deutlich infektiöseren Delta-Variante hat jedoch auch in den entwickelten Volkswirtschaften zu erneuten Infektionswellen geführt. In den USA erreichte die aktuelle Welle bereits im August ihren Höhepunkt. Im Vereinigten Königreich liegt die Anzahl der Neuinfektionen seit Sommer auf einem erhöhten Niveau. Die Länder der Europäischen Union wurden – unterschiedlich stark – im Herbst von der vierten Pandemiewelle erfasst. Große Unterschiede zeigen sich auch innerhalb einzelner Volkswirtschaften. Kontaktintensive Sektoren und einkommensschwache Haushalte sind von den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie deutlich stärker betroffen. Mit der Ausweitung der globalen Impfstoffproduktion sollten sich die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Virus deutlich reduzieren. Neben einer Dämpfung der Ausbreitung des Virus ist durch die Milderung des Krankheitsverlaufs mit einem Rückgang der Hospitalisierungs- und Sterbefälle zu rechnen, wodurch die Maßnahmen zur Eindämmung zurückgefahren werden können. Die zuletzt aufgetretene Omikron-Mutante stellt aufgrund der hohen Übertragbarkeit einen substanziellen Risikofaktor dar.

Das Angebot an Rohstoffen und Gütern konnte im Verlauf des Jahres 2021 mit der hohen Nachfrage im Zuge der Erholung nicht Schritt halten. Neben Rohöl und Erdgas sind vor allem die Preise für Industriemetalle stark gestiegen. Die globalen Wertschöpfungsketten wurden durch Störungen in wichtigen Knotenpunkten (Suezkanal, Hafenschließungen in China, u.v.m.) beeinträchtigt. Dies führte zu deutlichen Preissteigerungen innerhalb der Produktionsprozesse und Beeinträchtigungen der Produktion. Die Inflation wurde darüber hinaus durch steigende Preise für CO₂-Zertifikate erhöht. Die steigenden Inflationsraten führen in einer Reihe von Volkswirtschaften zu Diskussionen über die Rückführung der expansiven Geldpolitik.

Die Wirtschaft in den USA expandierte im ersten Halbjahr 2021 dank eines starken Konsumwachstums kräftig. Die fiskalischen Hilfsmaßnahmen („stimulus checks“) sind schon großteils ausgelaufen. Die während dieser Zeit akkumulierten

Tabelle 2

Internationale Rahmenbedingungen der Prognose

	2020	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt	Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
Welt ohne Euroraum	-2,3	+6,0	+4,5	+3,9	+3,7
USA	-3,4	+5,5	+4,2	+3,0	+2,5
China	+2,2	+7,9	+5,0	+5,3	+5,3
Indien	-7,1	+7,1	+8,3	+7,1	+6,9
Japan	-4,7	+1,7	+2,6	+1,3	+1,0
Lateinamerika	-7,2	+6,9	+2,8	+2,7	+2,5
Vereinigtes Königreich	-9,7	+6,9	+4,0	+1,6	+1,2
Neue EU-Mitgliedstaaten ¹	-3,8	+5,2	+4,2	+3,4	+3,3
Schweiz	-2,5	+2,9	+2,5	+1,9	+1,9
Euroraum ²	-6,5	+5,1	+4,2	+2,9	+1,6
Welthandel (Importe i. w. S.)					
Welt	-8,3	+10,2	+4,5	+4,9	+3,7
Welt außerhalb des Euroraums	-8,0	+11,1	+3,9	+4,4	+4,0
Wachstum der Exportmärkte des Euroraums (real)	-9,3	+8,9	+4,0	+4,3	+3,9
Wachstum der österreichischen Exportmärkte (real)	-8,9	+8,5	+5,0	+6,5	+3,2
Preise	absolut				
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	41,5	71,8	77,5	72,3	69,4
Drei-Monats-Zinssatz in %	-0,4	-0,5	-0,5	-0,2	0,0
Langfristiger Zinssatz in %	-0,2	-0,1	0,2	0,3	0,5
USD-EUR-Wechselkurs	1,1	1,2	1,1	1,1	1,1
Nominell-effektiver Wechselkurs des Euro (Euroraum-Index)	119,3	120,7	118,3	118,3	118,3

Quelle: Eurosystem.

¹ Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn.

² 2020: Eurostat; 2021 bis 2024: Ergebnis der Dezember-Projektion 2021 des Eurosystems.

Ersparnisse stützen den Konsum allerdings in nächster Zeit. Im dritten Quartal bremsen das erneute Aufflammen der COVID-19-Pandemie und Lieferengpässe die wirtschaftliche Dynamik. Die Verbraucherpreisinflation ist im Verlauf des Jahres 2021 deutlich angestiegen und lag im Oktober bei 6,2 %. Die im Vergleich zu den meisten anderen Industriestaaten niedrige Impfquote könnte die Erholung im Winterhalbjahr weiterhin bremsen. Der Arbeitsmarkt erholt sich zwar zusehends, die Erwerbsquote liegt jedoch noch immer rund 2 Prozentpunkte unter den Werten vor der Pandemie. Das Verbrauchervertrauen lag im November auf dem niedrigsten Wert seit der Finanzkrise 2008/09. Als Hauptursache wird die steigende Inflation, insbesondere bei Immobilien, Konsumgütern und Fahrzeugen genannt. Die amerikanische Notenbank hat Anfang November ein allmähliches Rückfahren des Ankaufsprogramms für Staatsanleihen beschlossen und will die Rückführung im Juni 2022 abschließen. Die Fiskalpakete der Biden-Administration werden in den nächsten Jahren wichtige Wachstumsimpulse setzen.

Das Wirtschaftswachstum in *China* wird 2021 bei knapp 8,0 % zu liegen kommen. Haupttreiber sind dabei die stark expandierenden Exporte. Allerdings hat sich das Expansionstempo im Verlauf des Jahres verlangsamt. Das liegt nicht zuletzt an der Zero-COVID-Strategie der chinesischen Regierung, die bereits beim Auftreten vereinzelter Infektionsfälle Produktionsstätten und Hafenanlagen schließt. Die chinesische Regierung hat ihre Regulierungen betreffend den Immobiliensektor und die Kreditvergabe in den letzten Monaten deutlich verschärft. Die

drohende Insolvenz des Immobilienkonzerns Evergrande stellt aufgrund seiner Größe und der möglichen Ansteckungseffekte ein nicht unerhebliches Risiko dar. Produktionsstilllegungen aufgrund der vorherrschenden Energiemangel haben darüber hinaus zur Verlangsamung der Wachstumsdynamik beigetragen.

In *Indien* ist die Wirtschaft im zweiten Quartal 2021 infolge einer starken Corona-Welle und den damit verbundenen drastischen Eindämmungsmaßnahmen um 12 % eingebrochen, hat sich im dritten Quartal mit den erfolgten Lockerungen jedoch wieder weitgehend erholt. Für 2021 wird mit einem Wachstum von 7,1 %, für 2022 mit 8,3 % gerechnet. Die Wirtschaft in *Russland* wird vom privaten Konsum und der starken globalen Rohstoffnachfrage und den damit verbundenen Preisanstiegen getragen. In den sonstigen Schwellenländern verläuft der Erholungsprozess sehr heterogen.

Das *Vereinigte Königreich* hat aufgrund hoher Durchimpfungsraten im Juli die Beschränkungen weitgehend aufgehoben, was den privaten Konsum gestützt hat. Die Dynamik verliert im zweiten Halbjahr 2021 jedoch zusehends an Schwung. Neben den globalen Lieferengpässen wird die Wirtschaft zusätzlich durch einen ausgeprägten Arbeitskräftemangel im Zuge des EU-Austritts belastet. Vor allem im Transportwesen und in der Gastronomie fehlen Arbeitskräfte. Das Wachstum wird sich 2022 gegenüber 2021 (+6,9 %) zwar abschwächen, bleibt mit 4,0 % jedoch weiterhin hoch.

Die Lage im *Euroraum* blieb auch im Jahr 2021 von den pandemischen Entwicklungen und ihren ökonomischen Auswirkungen geprägt. Die in vielen Ländern umgesetzten Maßnahmen zur Eindämmung des Virus im Winterhalbjahr 2020/21 führten zu einem Sinken der Konsumausgaben der privaten Haushalte. Während die Nachfrage nach Dienstleistungen zurückging, expandierten die Industrie und die Bauwirtschaft deutlich. Die weitreichenden Öffnungsschritte in vielen Ländern im Frühjahr 2021 haben zu einem sprunghaften Anstieg des privaten Konsums im zweiten und dritten Quartal geführt, gestützt von deutlichen Verbesserungen auf den Arbeitsmärkten und sinkenden Sparquoten. Die Industriekonjunktur kühlte sich jedoch ab. Haupttreiber waren die Lieferengpässe und die starken Preisanstiege bei Energie und Rohstoffen. Die Heterogenität zwischen den Ländern ist dabei sehr hoch.

Die Entwicklung in *Deutschland* wird stark durch die Größe und Struktur der Industrie bestimmt. Während die Exportaufträge historische Höchststände erreicht haben, geht die Industrieproduktion aufgrund von Lieferengpässen seit dem vierten Quartal 2020 wieder zurück. Einen wesentlichen Anteil daran hat der Chip-Mangel, der in der für Deutschland besonderes wichtigen Automobilindustrie zu Produktionsstilllegungen geführt hat. Die aktuelle Corona-Welle hat in Deutschland zwar später als in Österreich begonnen, wird aber ebenso zu Beeinträchtigungen im Winterhalbjahr 2021/22 führen. Für das Gesamtjahr 2021 wird das Wachstum in Deutschland moderat bleiben. Für 2022 wird mit einer kräftigen Erholung gerechnet, die gemeinsam mit zunehmender Arbeitskräftemangel zu einem weiteren Anstieg der Inflationsraten führen wird. *Frankreich* hat sich im Jahr 2021 deutlich dynamischer als Deutschland entwickelt, getrieben von einer starken Investitionskonjunktur und einer robusten Konsumnachfrage. Das Konsumwachstum wird 2022 auf Basis einer guten Arbeitsmarktentwicklung seinen Höhepunkt erreichen, während der Investitionszyklus ausläuft. In Verbindung mit sich abschwächenden Exportzuwachsrate kehrt das BIP-Wachstum zu Vorkrisenwerten zurück. *Italien* hatte 2020 einen im Euroraumvergleich überdurchschnittlichen Einbruch zu ver-

zeichnen. Der darauffolgende Aufschwung wurde wesentlich von einem umfangreichen Fiskalpaket getragen. *Spanien* war im Jahr 2020 besonders stark von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie betroffen und erlitt den stärksten BIP-Rückgang aller Euroraumländer. Aufgrund der sehr hohen Durchimpfungsrate fällt die aktuelle Corona-Welle nur schwach aus, die Anzahl ausländischer Touristen während der Sommersaison lag jedoch nur bei etwa der Hälfte des Vorkrisenniveaus.

2.3 Pandemiebezogene inländische Annahmen

Die pandemiebezogenen Annahmen sind ein wesentlicher Faktor der kurzfristigen Wirtschaftsentwicklung. Der Redaktionsschluss für Daten am 1. Dezember der vorliegenden OeNB-Prognose fällt in die Mitte des von 22. November bis 11. Dezember geltenden allgemeinen Lockdowns.² Da zu diesem Zeitpunkt die genaue Ausgestaltung der Öffnungsschritte noch unbekannt war, musste eine Reihe von Annahmen getroffen werden. Diese sind in Abbildung 1 im Überblick zusammengefasst. Es wurde eine Strategie regional differenzierter Öffnungsschritte unterstellt. Für Oberösterreich wurde angenommen, dass der Lockdown für alle eine Woche länger dauert als im restlichen Bundesgebiet. Für Wien wurden strengere Maßnahmen für Hotellerie und Gastronomie angenommen (2G+). Der Lockdown für Ungeimpfte bleibt annahmegemäß bis zum Beginn der Impfpflicht am 1. Februar 2022 in Kraft.

Die zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Textes (9. Dezember 2021) bekannten Informationen zu den Öffnungsschritten bestätigen diese Annahmen weitgehend. Einige Bundesländer öffnen Hotellerie und Gastronomie erst später, wohingegen Oberösterreich den Lockdown 2 Tage früher als angenommen beendet. Im Vergleich zur Annahme vom 1. Dezember sind damit keine wesentlichen Veränderungen der wirtschaftlichen Auswirkungen zu erwarten.

Abbildung 1

Pandemische Annahmen

Kurzfristige Annahmen (Stand 1. Dezember)	Tatsächliche Öffnungsschritte (Stand 9. Dezember)
22.11. bis 11.12. Harter Lockdown	✓
Ab 12.12. Regional differenzierte Öffnungsschritte (Lockdown in OÖ bis 19.12., 2G+ in Wien) Regional differenzierte Öffnungsschritte „Harter Lockdown“ für Ungeimpfte	Regional differenzierte Öffnungsschritte ✓ Weitgehend wie erwartet, OÖ 2 Tage früher — Hotels und Gastronomie teilweise spätere Öffnung (NÖ, S, ST ab 17.12., Wien ab 20.12) Nachtlokale bleiben weiter geschlossen
1.2. Beginn Impfpflicht	
Ab 1.4. Allgemeine Öffnung	Harter Lockdown für Ungeimpfte
Sonstige Annahmen	
Nächtigungen in der Wintersaison 2021/2022 bei 45 % des Vorkrisenniveaus (ausländische Gäste 50 % / inländische Gäste 75 %)	
Keine Einschränkungen für Industrie und Bau	
Keine weiteren Infektionswellen im restlichen Prognosehorizont	

Quelle: OeNB.

² Vor der Verhängung des allgemeinen Lockdowns wurde bereits eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt. So legte die Politik am 8. September einen Stufenplan zur Eindämmung der Pandemie vor. Am 15. September folgten erste Verschärfungen der Maßnahmen (FFP2-Maskenpflicht in bestimmten Bereichen, Verkürzung der Gültigkeit von Tests), ab 8. November wurde für viele Lebensbereiche die 2G-Regel eingeführt. Mit 7. November wurden die zuvor in Hochrisikogebieten geltenden Ausreisetests beendet. Seit Mitte November wurden die Maßnahmen drastisch verschärft: Seit 15. November 2021 gelten Ausgangsbeschränkungen für Ungeimpfte.

Die Annahmen zum Verlauf der Wintersaison 2021/22 gehen von einem Rückgang der Nächtigungen ausländischer Gäste auf 50 % des Vorkrisenniveaus aus, wobei hier die deutschen Reisewarnungen ein bestimmender Faktor sind. Für inländische Gäste wurde ein Rückgang auf 75 % unterstellt. Für Industrie und Bauwirtschaft werden – wie schon im zweiten und dritten Lockdown – keine Einschränkungen erwartet. Für den weiteren Prognosezeitraum wird angenommen, dass es zu keinen neuen größeren Infektionswellen mehr kommt.

3 Exporte und Konsum tragen Wirtschaftswachstum

3.1 Teilentfall der Wintersaison 2021/22 und Auflösung der Lieferengpässe bestimmen Exportverlauf

Der erste Lockdown im Frühjahr 2020 beeinträchtigte neben den kontaktintensiven Dienstleistungen auch die Produktion in der exportorientierten Industrie. Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen brachen im zweiten Quartal 2020 im Vorjahresvergleich real um 22,5 % ein. Während die Reiseverkehrsexporte auch in den folgenden Quartalen von der COVID-19-Pandemie beeinträchtigt waren, erholten sich die Güterexporte bereits im darauffolgenden Quartal aufgrund der hohen internationalen Nachfrage. Im Gesamtjahr 2020 fielen die gesamten Exporte um 11,5 %, wobei der Rückgang bei den Dienstleistungen mit (–17,8 % doppelt so stark wie bei den Gütern ausfiel (–8,6 %). Die starke internationale Konjunkturdynamik führte dazu, dass die Güterexporte im zweiten Quartal 2021 das Vorkrisenniveau (viertes Quartal 2019) um 9 % übertrafen und damit einen historischen Höchststand erreichten. In der zweiten Jahreshälfte 2021 machten sich zusehends die Folgen der internationalen Lieferengpässe bemerkbar. Die starke Verflechtung der österreichischen Exporteure mit der deutschen Industrie kam erschwerend hinzu; die realen Güterexporte gingen im dritten Quartal zurück. Diese werden sich mit der im Verlauf des Jahres 2022 angenommenen Auflösung der internationalen Lieferengpässe schrittweise erholen. In diesem Zusammenhang spielt vor allem der erwartete Anstieg der Importnachfrage in der deutschen Industrie eine entscheidende Rolle.

Die vierte Corona-Welle und die damit verbundenen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung belasten den österreichischen Tourismus auch in der Wintersaison 2021/22 schwer. Vor allem die Reisewarnungen und andere Eindämmungsmaßnahmen in Deutschland beeinträchtigen die Aussichten für die Wintersaison. Unter der Annahme regional differenzierter vorsichtiger Öffnungsschritte gehen wir nicht von einem Totalausfall der Wintersaison wie im letzten Winter aus, sondern nehmen für die Anzahl der Nächtigungen ausländischer Gäste einen Rückgang von 50 % gegenüber dem Vorkrisenniveau an. Für das Gesamtjahr 2021 ergibt sich auf dieser Basis ein Wachstum der Exporte von Gütern und Dienstleistungen von 10,5 %.

Im ersten Quartal 2022 führt der erwartete Teilausfall der Wintersaison und die nach wie vor durch Lieferengpässe gedämpften Güterexporte zu einem weiteren Rückgang der gesamten Exporte. Im zweiten Quartal 2022 wird mit einer deutlichen Zunahme der Exportdynamik durch die Erholung im Tourismus und die beginnende Auflösung der Lieferengpässe gerechnet. Das Exportwachstum fällt im Gesamtjahr 2022 aufgrund der rückläufigen Entwicklung im zweiten Halbjahr 2021 und dem damit verbundenen negativen statistischen Überhang sowie des

Tabelle 3

Wachstum und Preise in der österreichischen Außenwirtschaft

	2020	2021	2022	2023	2024
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Exporte					
Preise der Wettbewerber auf Österreichs Exportmärkten	-2,4	+6,7	+5,4	+1,2	+1,3
Exportdeflator	-0,8	+2,6	+2,8	+2,3	+1,8
Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ¹	-1,7	+4,1	+2,6	-1,1	-0,5
Nachfrage auf Österreichs Exportmärkten (real)	-8,9	+8,5	+5,0	+6,5	+3,2
Österreichische Exporte i. w. S. (real)	-11,5	+10,5	+3,2	+4,8	+2,5
Marktanteile Österreichs	-2,5	+2,1	-1,8	-1,6	-0,7
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Importe					
Preise der internationalen Wettbewerber auf dem heimischen Markt	-1,6	+5,9	+5,4	+1,3	+1,4
Importdeflator	-1,8	+4,9	+3,9	+1,8	+1,9
Österreichische Importe i. w. S. (real)	-9,3	+11,3	+1,9	+4,5	+2,4
Terms of Trade	+1,0	-2,2	-1,1	+0,4	-0,1
	<i>in Prozentpunkten des realen BIP</i>				
Beiträge der Nettoexporte zum BIP-Wachstum	-1,6	-0,1	+0,8	+0,4	+0,2
	<i>in % des nominellen BIP</i>				
Exportquote	51,2	54,1	53,8	54,9	55,2
Importquote	48,6	52,9	52,5	53,1	53,4

Quelle: 2020: Statistik Austria, Eurosystem; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

¹ Die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist als Differenz zwischen der Veränderung der Preise der Wettbewerber auf den österreichischen Exportmärkten und der Veränderung des Exportdeflators definiert.

schwachen ersten Quartals 2022 mit 3,2 % deutlich schwächer aus als im Vorjahr. Im Jahr 2023 kommt das Exportwachstum bei 4,8 % zu liegen, bevor für das Jahr 2024 mit dem Ausklingen der Exportzyklus (+2,5 %) gerechnet wird.

Der Totalausfall der Wintersaison 2020/21 hat seine Spuren in der Leistungsbilanz hinterlassen. Die Reiseverkehrsbilanz hat sich im ersten Halbjahr 2021 deutlich passiviert. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2019, in dem ein Überschuss von 6,3 Mrd EUR erzielt wurde, betrug der Überschuss im ersten Halbjahr 2021 lediglich 340 Mio EUR. Dies schlägt sich in der Dienstleistungsbilanz nieder, deren Überschuss sich von 2,1 % des BIP im Jahr 2020 auf 0,4 % verringern wird. Für das Jahr 2022 wird zwar mit einer Verbesserung gerechnet, mit 1,5 % des BIP bleibt die Dienstleistungsbilanz jedoch noch klar unter dem Wert von 2019 (2,4 %). Eine Rückkehr zu diesem Wert wird erst für das Jahr 2023 erwartet.

Die Güterbilanz blieb im Jahr 2020 weitgehend stabil, da sowohl Exporte als auch Importe einbrachen. Die Preisanstiege von Energie und Rohstoffen führten 2021 zu einer Verschlechterung der Terms of Trade und in weiterer Folge zu einer Passivierung der Güterbilanz. Diese sollte aufgrund der erwarteten Erholung im Export und den annahmegemäß wieder sinkenden Energie- und Rohstoffpreisen im Jahr 2023 wieder ins Plus drehen. Die gesamte Leistungsbilanz wird sich dadurch sukzessive verbessern, bleibt aber bis zum Ende des Prognosehorizonts unter den Vorkrisenwerten.

Tabelle 4

Österreichische Leistungsbilanz

	2020	2021	2022	2023	2024
	<i>in % des nominellen BIP</i>				
Handelsbilanz	2,9	0,3	1,2	2,5	2,9
Güterbilanz	0,8	-0,1	-0,3	0,1	0,4
Dienstleistungsbilanz	2,1	0,4	1,5	2,4	2,5
Primäreinkommensbilanz ¹	-0,1	-0,9	-0,9	-0,8	-0,8
Sekundäreinkommensbilanz ²	-0,9	-0,8	-0,8	-0,7	-0,8
Leistungsbilanz	1,9	-1,3	-0,5	1,0	1,3

Quelle: 2020: OeNB, Statistik Austria; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

¹ Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Arbeitsentgelte, Einkommen aus Vermögensanlagen u. a.).

² Bilanz der laufenden Transfers.

3.2 Vierter Lockdown verschiebt Aufholprozess im privaten Konsum

Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 schrumpfte der reale private Konsum um 8,4% und trug aufgrund seines hohen Anteils am BIP wesentlich zum Einbruch des Wirtschaftswachstums (-6,8%) bei. Die zur Eindämmung des Virus ergriffenen Maßnahmen wie etwa Schließungen im Einzelhandel, der Gastronomie und Hotellerie schränkten die Konsummöglichkeiten, insbesondere von körpernahen und touristischen Dienstleistungen, stark ein, wodurch es zu „Zwangssparen“ kam. Gleichzeitig verhinderten umfassende staatliche Hilfsmaßnahmen, wie etwa die Kurzarbeitszeitregelungen, einen massiven Einbruch der realen verfügbaren Haushaltseinkommen (-2,0%). Die Folge war ein massiver Anstieg der Sparquote um 5,8 Prozentpunkte auf 14,3%.

Einhergehend mit dem zweiten (Herbst 2020) und dritten Lockdown (Winter 2020/21) entwickelten sich der private Konsum und die verfügbaren Haushaltseinkommen Ende 2020 und Anfang 2021 rückläufig. Mit der darauffolgenden Öffnung aller Wirtschaftssektoren erholten sich die Konsumausgaben stark und stiegen um 4,0% im zweiten und 7,0% im dritten Quartal 2021 bezogen auf das Vorquartal. Aufgrund der stark steigenden Infektionszahlen und einer hohen Intensivbettenbelegung während der vierten Infektionswelle wurde der bisher vierte Lockdown – vorerst für drei Wochen (22. November bis 12. Dezember 2021) – beschlossen. Diesem ging eine Woche Teil-Lockdown (15. bis 21. November) für ungeimpfte Personen voraus.

Nach dem wöchentlichen BIP-Indikator der OeNB³ lag die Wirtschaftsleistung in Kalenderwoche 46 etwa 2% oberhalb des Vorkrisenniveaus (Vergleichswoche im Jahre 2019) und damit auch oberhalb der Vorwochen. Dazu trugen insbesondere höhere Umsätze im Handel bei, was auf Vorzieheffekte in Antizipation des harten Lockdowns hindeutet. In der ersten Woche des vierten Lockdowns lag die Wirtschaftsleistung etwa 9% unterhalb des Vorkrisenniveaus, woraus sich ein wöchentlicher Wertschöpfungsverlust von 700 Mio EUR ergibt. Damit brach die wöchentliche Wirtschaftsleistung deutlich schwächer als während des ersten Lockdowns (Frühjahr 2020: (-20% bzw. 2 Mrd EUR) bzw. zweiten und dritten Lockdowns

³ Wöchentlicher BIP-Indikator der OeNB - Oesterreichische Nationalbank (OeNB). <https://www.oenb.at/Publikationen/corona/bip-indikator-der-oenb.html>

(Winter 2020/21: -12% bzw. 900 Mio EUR) ein. Die geringeren Einbrüche des vierten Lockdowns können auf zwei Ursachen zurückgeführt werden. Zum einen beschränken sich die Maßnahmen wie im zweiten und dritten Lockdown auf die gesundheitspolitisch unmittelbar betroffenen Sektoren und nehmen bspw. die Produktionsbetriebe und die Bauwirtschaft (anders als im ersten Lockdown) aus. Andererseits haben die betroffenen Sektoren aus den Erfahrungen der vergangenen Schließungen gelernt und alternative Vertriebswege wie Click & Collect, Online-Handel oder Take-away entwickelt. Dadurch fallen die Umsatzverluste im Einzelhandel und der Gastronomie etwas geringer als während vergangener Schließungen aus. Dennoch sind die Verluste im Einzelhandel und der Gastronomie in Summe durchaus beträchtlich und sind für knapp drei Viertel des BIP-Rückgangs verantwortlich. Der Rest ist auf den Ausfall bei den Tourismusexporten zurückzuführen.

Aufbauend auf diesen Effektabschätzungen gehen wir für die Prognose davon aus, dass eine Woche Lockdown⁴ zu einem Rückgang im privaten Konsum von 525 Mio EUR ($= 75\% * 700$ Mio EUR) führt. Nach Ankündigungen der Regierung soll auf den drei Wochen andauernden Lockdown ein Teil-Lockdown für ungeimpfte Personen (ähnlich der Woche vor dem vierten Lockdown) folgen. Zur Abschätzung der Konsumrückgänge in einer Woche Teil-Lockdown wird angenommen, dass diese Rückgänge unterproportional zum Anteil der ungeimpften Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung ausfallen. Einerseits könnte es zu einer nicht vollständigen Einhaltung der Maßnahmen kommen und andererseits auch nahestehende geimpfte Personen Einkäufe übernehmen. Daher werden die Effekte um ein Viertel vermindert. Unter der Annahme, dass ein Drittel der Gesamtbevölkerung nicht geimpft ist, würde daher eine Woche Teillockdown für ungeimpfte Personen einem Konsumrückgang von etwa 130 Mio EUR ($= 525$ Mio EUR $* \frac{1}{3} * \frac{1}{4}$) entsprechen. Als zusätzliche Maßnahme hat die Regierung eine Impfpflicht für Anfang Februar 2022 angekündigt. Als Folge dieser Maßnahme unterstellen wir einen über die nächsten Monate fallenden Verlauf des Anteils an ungeimpften Personen an der Gesamtbevölkerung. Weiters unterstellen wir, dass der Teil-Lockdown bis Ende Jänner andauert, danach jedoch weitere Einschränkungen für die ungeimpfte Bevölkerung bestehen bleiben. In Summe ergibt sich dadurch ein Rückgang im realen privaten Konsum um $-4,5\%$ im vierten Quartal 2021 gefolgt von einem durch die Lockerungen der Maßnahmen unterstützten Wachstum um $3,8\%$ im ersten Quartal 2022.

Neben den aktuellen Eindämmungsmaßnahmen wird die künftige Konsumententwicklung auch durch die Auflösung der während der Pandemie angehäuften Ersparnisse beeinflusst. Schneider und Sellner (2021)⁵ haben die Höhe der zwischen dem ersten Quartal 2020 und dem zweiten Quartal 2021 kumulierten Überschussersparnisse mit 10,8 Mrd EUR geschätzt. Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass ein Drittel (3,6 Mrd EUR) im Verlauf des zweiten Halbjahres 2021 und des Jahres 2022 in den Konsum fließt.

Im Jahr 2020 verhinderten die staatlichen Hilfsmaßnahmen einen massiven Einbruch der verfügbaren Haushaltseinkommen. Über den Prognosehorizont

⁴ Für die von der oberösterreichischen Landesregierung angekündigte Verlängerung bis 19. Dezember werden die Konsumeffekte mit dem Wertschöpfungsanteil Oberösterreichs (17,2%) skaliert. In Wien wird eine strengere Regelung für die Gastronomie und Hotellerie erwartet.

⁵ Schneider, M. and R. Sellner. 2021. *Private consumption and savings during the COVID-19 pandemic in Austria. Monetary Policy & the Economy Q4/21.* OeNB. (im Erscheinen).

werden diese Transfers im Zuge der wirtschaftlichen Erholung wieder zurückgefahren und die Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen wird durch das Wachstum in den Arbeitnehmerentgelten bestimmt. Die starke Produktivitätsentwicklung und die erhöhten Inflationsraten führten zu entsprechend hohen Kollektivvertragsabschlüssen für das Jahr 2022. Die starke wirtschaftliche Erholung und der Fachkräftemangel tragen über eine positive Lohndrift zusätzlich zum Wachstum bei. Die Senkung des Steuersatzes in der zweiten (mit Juli 2022) und dritten (mit Juli 2023) Tarifstufe im Zuge der ökosozialen Steuerreform stärkt zudem die Entwicklung der Kaufkraft. Verglichen mit der Steuerreform von 2016 fallen diese Senkungen jedoch geringer aus und werden von den Rückführungen der Corona-Maßnahmen gemindert.

Durch Einschränkungen der Gewinnausschüttung von durch staatliche Hilfsmaßnahmen gestützte Betriebe brachen die Vermögenseinkommen 2020 stark ein. Nach einer kurzen Erholung setzte sich dieser Einbruch Anfang 2021 fort, wodurch die Vermögenseinkommen in diesem Jahr nochmals negativ zur Entwicklung der Haushaltseinkommen beitragen werden. In Summe ergibt sich dadurch für 2021 ein leichter Rückgang im nominellen Haushaltseinkommen. Die Erholung der Vermögenseinkommen führt 2022 zu einem starken Wachstum der verfügbaren Haushaltseinkommen, welches sich über den restlichen Prognosehorizont abkühlt.

Die real verfügbaren Haushaltseinkommen werden in den Jahren von 2022 bis 2024 um 3,3 %, 3,6 % sowie 2,5 % steigen. Der reale private Konsum wird bedingt durch den dritten und vierten Lockdown im Jahr 2021 um nur 1,8 % steigen. Die durch den Lockdown verzögerte Erholung setzt 2022 mit einem Wachstum von

Tabelle 5

Determinanten des nominellen Haushaltseinkommens und Entwicklung des privaten Konsums in Österreich

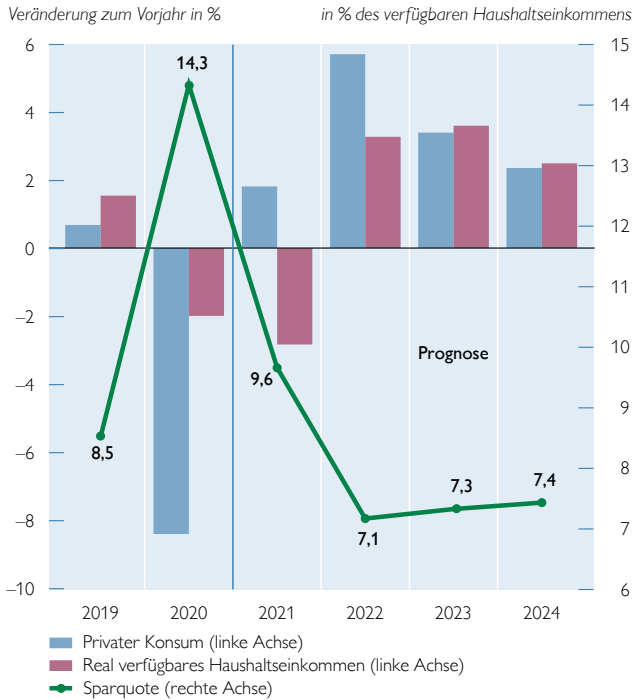
	2020	2021	2022	2023	2024
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Unselbstständig Beschäftigte	-2,0	+1,6	+1,7	+1,4	+0,8
Löhne je Beschäftigten	+1,9	+3,0	+3,5	+3,3	+2,6
Arbeitnehmerentgelt	-0,1	+4,6	+5,3	+4,7	+3,5
Vermögenseinkommen	-41,4	-33,3	+34,7	+20,5	+17,7
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse (netto)	-2,6	+1,8	+6,2	+4,8	+2,5
Beiträge zum Wachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens	<i>in Prozentpunkten</i>				
Arbeitnehmerentgelt	-0,1	+4,0	+4,8	+4,3	+3,1
Vermögenseinkommen	-4,9	-2,3	+1,6	+1,2	+1,2
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse (netto)	-0,4	+0,3	+1,0	+0,8	+0,4
Nettotransfers abzüglich direkter Steuern ¹	+4,7	-2,3	-1,1	-0,3	-0,2
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Verfügbares Haushaltseinkommen (nominell)	-0,7	-0,5	+6,2	+5,9	+4,5
Konsumdeflator	+1,4	+2,5	+2,9	+2,2	+2,0
Verfügbares Haushaltseinkommen (real)	-2,0	-2,8	+3,3	+3,6	+2,5
Privater Konsum (real)	-8,4	+1,8	+5,7	+3,4	+2,4
	<i>in % des verfügbaren Haushaltseinkommens</i>				
Sparquote	14,3	9,6	7,1	7,3	7,4

Quelle: 2020: Statistik Austria; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

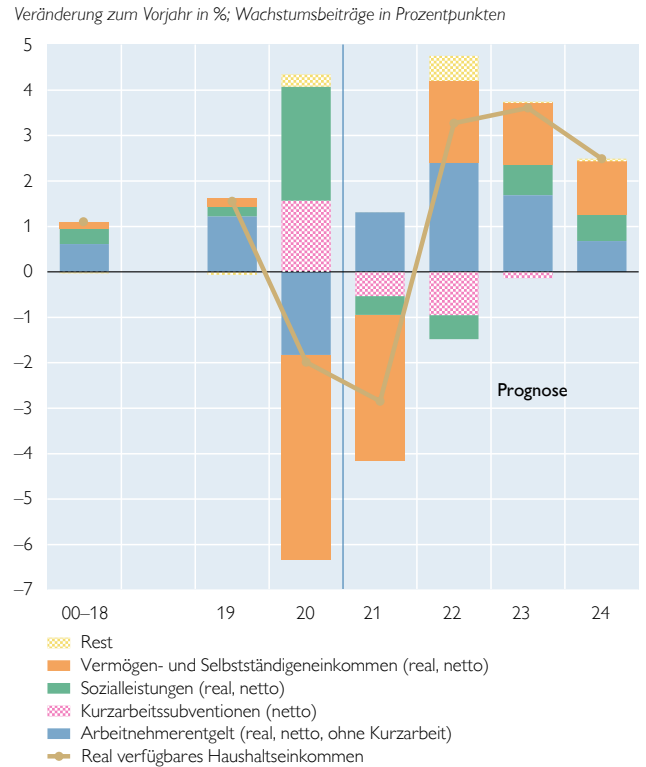
¹ Negative Werte bedeuten eine Zunahme der (negativen) Nettotransfers abzüglich direkter Steuern, positive Werte bedeuten eine Abnahme.

Privater Konsum, Haushaltseinkommen und Sparquote

Verfügbares Haushaltseinkommen, privater Konsum und Sparquote



Beiträge zum Wachstum des real verfügbaren Nettohaushaltseinkommens



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

5,7% voll ein. Danach verlangsamt sich das Wachstum auf 3,4% und 2,4% in den Jahren 2023 und 2024. Der private Konsum bildet damit eine wesentliche Stütze des Wirtschaftswachstums innerhalb des Prognosehorizonts.

Mit der Öffnung der Wirtschaft und der Erholung des Konsums kehren auch die laufenden Ersparnisse rasch wieder auf ihr Vorkrisenniveau zurück. Der teilweise Abbau von während der Pandemie angehäuften Überschussersparnissen führt dazu, dass die Sparquote ihr Vorkrisenniveau (2015-2019: 7,6%) temporär unterschreitet und dann graduell dorthin zurückkehrt.

3.3 Durch Prämie gestütztes Investitionswachstum normalisiert sich bis 2024

In den Jahren vor der COVID-19-Pandemie (von 2016 bis 2019) trugen die realen Bruttoanlageinvestitionen mit einem Wachstum um 4,4% pro Jahr (von 2012 bis 2015: 1,3%) wesentlich zum Wirtschaftswachstum bei. Diese starke Investitionskonjunktur wurde von allen Komponenten getragen, wobei die realen Investitionen in Forschung und Entwicklung besonders stark stiegen (5,5%). Verglichen mit der Rezession des Jahres 2009 (-6,3%) infolge der globalen Finanzkrise schrumpften die realen Bruttoanlageinvestitionen im Zuge der Pandemie im Jahr 2020 mit 5,0% deutlich schwächer als im Hinblick auf den gesamtwirtschaftlichen Einbruch zu erwarten gewesen wäre. Die sich in der zweiten Jahreshälfte 2020 bereits stark

Tabelle 6

Investitionen in Österreich

	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Bruttoanlageinvestitionen insgesamt (real)	-5,0	+5,7	+2,7	+1,9	+1,3
davon:					
Ausrüstungsinvestitionen	-8,3	+9,0	+2,5	+1,7	+1,6
Wohnbauinvestitionen	+1,8	+2,9	-0,4	+1,9	+1,5
Nichtwohnbauinvestitionen und andere Investitionen	-7,0	+5,7	+6,7	+2,1	+0,8
Investitionen in Forschung und Entwicklung	-3,3	+3,7	+0,9	+2,2	+1,3
Öffentliche Investitionen	+0,6	+2,0	+2,7	+2,4	+1,0
Private Investitionen	-5,8	+6,3	+2,7	+1,9	+1,4
	in Prozentpunkten				
Beiträge zum Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen					
Ausrüstungsinvestitionen	-2,8	+2,9	+0,8	+0,6	+0,5
Wohnbauinvestitionen	+0,3	+0,6	-0,1	+0,3	+0,3
Nichtwohnbauinvestitionen und andere Investitionen	-1,8	+1,5	+1,7	+0,5	+0,2
Investitionen in Forschung und Entwicklung	-0,7	+0,8	+0,2	+0,5	+0,3
Öffentliche Investitionen	+0,1	+0,3	+0,3	+0,3	+0,1
Private Investitionen	-5,0	+5,5	+2,3	+1,6	+1,2
Beiträge zum Wachstum des realen BIP					
Bruttoanlageinvestitionen, insgesamt	-1,2	+1,4	+0,7	+0,5	+0,3
Lagerveränderungen	+0,1	+1,0	+0,3	+0,1	+0,0
	in % des nominellen BIP				
Investitionsquote	25,3	25,7	25,4	25,2	25,2

Quelle: 2020: Statistik Austria; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

erholende Industrie- und Exportkonjunktur bot einen fruchtbaren Nährboden für einen starken Aufholprozess. Die Kapazitätsauslastung der Industrie stieg von ihrem pandemischen Tiefstand von etwa 74 % im zweiten Quartal 2020 beständig auf knapp 90 % in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 an und damit deutlich über ihren langjährigen Durchschnitt. Die Finanzierungssituation der Unternehmen ist weiterhin günstig, ihre Verschuldungsquote ist zuletzt gesunken. Die Unternehmensinsolvenzen sind in den letzten Monaten angestiegen und befanden sich in den letzten Monaten etwa auf dem Vorkrisenniveau. Eine größere Insolvenzwelle zeichnete sich damit bisher nicht ab.

Die Investitionsprämie unterstützte das starke Wachstum insbesondere der realen Ausrüstungsinvestitionen im Frühjahr 2021. Infolge der starken globalen Erholung nahmen im Verlauf des Jahres 2021 Engpässe bei Lieferungen von Vorprodukten massiv zu. Diese Engpässe wirkten sich dämpfend auf die weltweite Industrieproduktion und den Warenhandel aus. Dadurch erhöhten sich die Lieferzeiten für Ausrüstungsgüter und beeinträchtigten damit auch die Investitionskonjunktur. In der heimischen Sachgütererzeugung sinken seit Mitte des Jahres die Auftragseingänge und das Produktionswachstum verlangsamt sich. Aufgrund des starken Wachstums in der ersten Jahreshälfte werden die realen Ausrüstungsinvestitionen trotz der Lieferengpässe im Jahr 2021 um 9,0 % zulegen. Mit dem Auslaufen der Effekte der Investitionsprämie⁶ beginnt sich das Wachstum

⁶ Investitionsprojekte konnten bis 28. Februar 2021 beantragt werden und mussten bis 31. Mai 2021 begonnen und müssen bis 28. Februar 2023 beendet werden.

im Jahr 2022 abzukühlen und sinkt graduell auf 1,6 % bis zum Ende des Prognosehorizonts ab.

Die Immobilienpreise stiegen im Jahr 2020 um 7,0 % und in den ersten drei Quartalen 2021 um jeweils über 10 % gegenüber dem Vorjahr. Die realen Wohnbauinvestitionen entwickelten sich im Jahr 2020 äußerst dynamisch, legten im Frühjahr 2021 weiter kräftig zu und brachen im dritten Quartal 2021 stark ein. Aufgrund dieser ausgeprägten unterjährigen Dynamik ergibt sich für das Jahr 2021 ein Wachstum um 2,9 %, 2022 ein Rückgang um 0,4 % und 2023 bzw. 2024 Zuwächse von 1,9 % und 1,5 %.

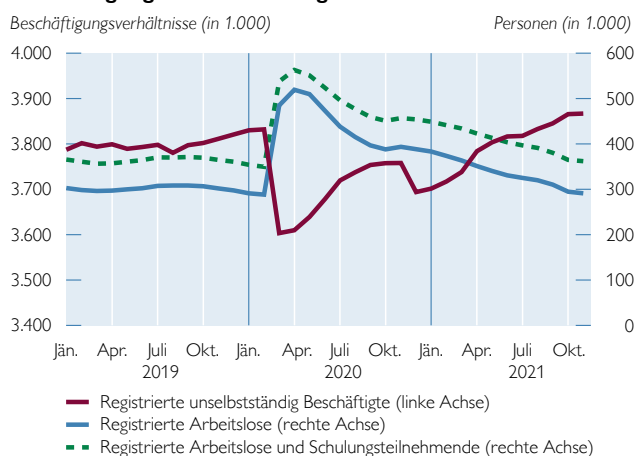
In Summe werden die realen Bruttoanlageinvestitionen 2021 um 5,7 % zulegen und damit ihr vorpandemisches Niveau aus dem Jahr 2019 leicht überschreiten. Gestützt durch die Investitionsprämie wird im Jahr 2022 mit einem Wachstum von 2,7 % gerechnet. Da davon auszugehen ist, dass ein Teil der Investitionsprojekte, welche für 2023 und 2024 geplant waren, aufgrund der Prämie vorgezogen wurden, sollte sich das Wachstum in diesen Jahren abkühlen (2023: 1,9 %; 2024: 1,3 %). Mit der Auflösung der Lieferengpässe ab der zweiten Hälfte des Jahres 2022 wird mit einer Auffüllung der Lagerbestände gerechnet. Die Investitionsquote wird von ihrem hohen Niveau von 25,7 % im Jahr 2020 über den Prognosehorizont auf 25,2 % sinken.

4 Angespannter Arbeitsmarkt durchtaucht den vierten Lockdown

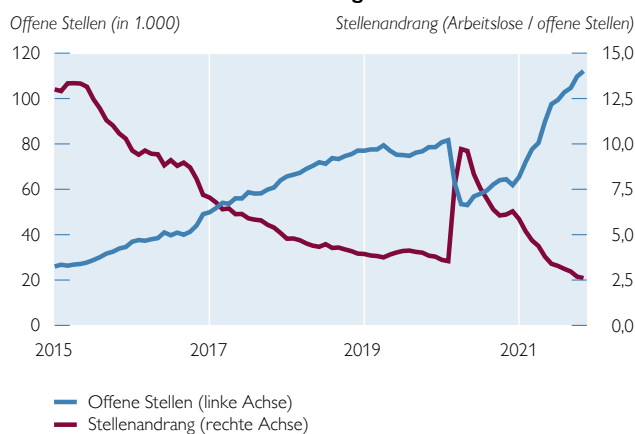
Im Frühjahr 2020 stieg die Zahl der Arbeitslosen im Zuge des ersten Lockdowns um etwa 200.000 auf über 500.000 im Mai an (siehe linke Abbildung in Grafik 3). Zu diesem Zeitpunkt lagen außerdem etwas mehr als 1,3 Mio Meldungen zu COVID-19-Kurzarbeit vor. Mit den Öffnungsschritten im Mai setzte eine starke Erholung am Arbeitsmarkt ein: Die Anzahl der Arbeitslosen fiel auf unter 400.000 im Oktober 2020. Diese rasante Erholung wurde durch den zweiten und dritten Lockdown Ende des Jahres gebremst. Die Lockerungen Anfang 2021 führten zu einem beständigen Anstieg der Beschäftigung, welche im August das Vorkrisenniveau (Februar 2020) erreichten. Die Kurzarbeitsmeldungen fielen von etwa 300.000 Ende Juni auf etwa 50.000 Ende August. Mit dem vierten Lockdown stieg die Anzahl der Arbeitslosen in der letzten Novemberwoche wieder leicht an, lag jedoch etwas unterhalb des Werts vom November 2019. Ende November lag die Anzahl der Kurzarbeitsmeldungen bei etwa 80.000.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit versus offene Stellen und Stellenandrang

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Offene Stellen und Stellenandrang



Quelle: AMS, DSV, Eurostat, OeNB.
 Anmerkung: Saisonbereinigte Daten.

Quelle: AMS.
 Anmerkung: Saisonbereinigte Daten bis 30. November 2021.

Im November 2021 blieb die Anzahl der Beschäftigten trotz einer Woche Teil- und einer Woche Gesamt-Lockdown stabil. Trotz des Anstiegs in der letzten Novemberwoche nahm die saisonbereinigte Anzahl der Arbeitslosen im Gesamtmonat weiter ab. Dazu trägt unter anderem der durch Fachkräftemangel und „Mismatch“ angespannte Arbeitsmarkt bei. Seit Beginn des Jahres ist die Anzahl der offenen Stellen stark angestiegen (siehe linke Abbildung in Grafik 3) während sich die Arbeitslosigkeit rückläufig entwickelte. Die Anzahl der Arbeitslosen pro offene Stelle (Stellenandrang) ist im Herbst auf einen historischen Tiefstand gesunken. Die historisch hohe Anzahl an offenen Stellen im Hinblick auf die aktuelle Arbeitslosigkeit deutet zudem auf einen gestiegenen „Mismatch“ am Arbeitsmarkt hin.

In Österreich gibt es derzeit mehr als 70 Mangelberufe.⁷ Mangelberufe sind derzeit vor allem im Bereich des Fremdenverkehrs, Handwerks, Handel und Transport, Gesundheit und Pflege, IT und öffentliche Sicherheitsorgane zu finden. Zuletzt betrafen rund 50 % der offenen Stellen diese Mangelberufe. Arbeitskräftemangel wird auch in den letzten Unternehmensumfragen zunehmend als Produktionshindernis genannt. Dies betrifft Industrie- aber auch vor allem Dienstleistungsunternehmen. In beiden Sektoren ist der Arbeitskräftemangel stärker ausgeprägt als vor der COVID-19-Krise.

Die Arbeitslosenquote nach AMS-Definition stieg von 7,4 % im Jahr 2019 auf 10,1 % im Jahr 2020. Für 2021 wird mit einem deutlichen Rückgang auf 8,2 % gerechnet. Da gemäß den pandemischen Annahmen mit keinem weiteren Lockdown gerechnet wird und auch die Kurzarbeitsregelung als Hilfsmaßnahme aufrecht bleiben wird, gehen wir von einem graduellen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6,7 % (2022), 6,2 % (2023) und 6,0 % (2024) aus. Damit liegt die Arbeitslosenquote zum Ende des Prognosehorizonts unter ihrem Vorkrisenniveau

⁷ In einem Mangelberuf dürfen maximal 1,5 Arbeitslose auf eine offene Stelle kommen und es müssen österreichweit mindestens 100 Stellen ausgeschrieben sein.

Tabelle 7

Arbeitsmarktentwicklung in Österreich

	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Gesamtbeschäftigung (Personen)	-1,6	+1,7	+1,7	+1,3	+0,8
Unselbstständig Beschäftigte	-2,0	+1,6	+1,7	+1,4	+0,8
davon: öffentlich Beschäftigte	+1,1	+1,0	+0,5	+0,1	+0,1
Selbstständig Beschäftigte	+1,3	+2,7	+1,8	+0,8	+0,5
Geleistete Arbeitsstunden, insgesamt	-8,7	+5,8	+2,3	+2,2	+0,9
Unselbstständig Beschäftigte	-9,4	+6,4	+2,4	+2,5	+0,9
Selbstständig Beschäftigte	-5,1	+2,7	+1,8	+0,8	+0,7
Arbeitskräfteangebot	-0,4	+0,5	+0,9	+0,9	+0,7
Vorgemerkte Arbeitslose	+14,5	-30,1	-15,0	-5,1	-1,3
	in % des Arbeitskräfteangebots				
Arbeitslosenquote					
gemäß Eurostat	6,1	6,3	5,4	5,0	4,7
gemäß AMS ¹	10,1	8,2	6,7	6,2	6,0

Quelle: 2020: Statistik Austria; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

¹ Basierend auf saisonbereinigten Monatsdaten.

(2019), womit sich der seit 2017 zu beobachtende Trend sinkender Arbeitslosigkeit fortsetzt.⁸

5 Löhne steigen im Einklang mit Inflation und Produktivität

Vor dem Hintergrund des pandemiebedingten Wirtschaftseinbruchs und der niedrigen Inflation fielen die im Herbst 2020 von den Sozialpartnern ausverhandelten Tariflohnanstiege für das Jahr 2021 mit 1,7 % relativ moderat aus. Die starke wirtschaftlichen Erholung zur Jahresmitte 2021 und die in der zweiten Jahreshälfte gestiegene Inflation führten im Herbst 2021 zu höheren Abschlüssen für das Jahr 2022 in der Höhe von durchschnittlich 3,2 %. Für das Jahr 2023 wird mit ähnlich hohen Abschlüssen gerechnet (3,1 %) und erst 2024 mit einer Abschwächung des Kollektivvertragswachstums auf 2,7 %.

Vor dem Hintergrund des bestehenden Arbeitskräftemangels und im Zuge der wirtschaftlichen Erholungsphase nehmen Überbezahlungen und Überstunden zu und führen bis 2023 zu einer positiven, jedoch abnehmenden Lohndrift. Die nominalen Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten werden 2021 um 3,0 %, 2022 um 3,5 %, 2023 um 3,3 % und 2024 um 2,6 % zunehmen. Das kumulierte Lohnwachstum der Jahre 2021 bis 2024 liegt im Bereich der Summe aus kumuliertem Produktivitätswachstum und kumulierter Inflation. Daher geht vom Lohnwachstum im Prognosezeitraum kein zusätzlicher Preisdruck aus. Aufgrund der hohen Inflation steigen die Nettoeallöhne über den Prognosehorizont nur gering. Die Lohnquote, die 2020 durch den BIP-Einbruch um 2,3 Prozentpunkte auf 50,8 % gestiegen ist, geht über den Prognosehorizont kontinuierlich auf das Vorkrisenniveau zurück (48,6 %).

⁸ Mit der neuen EU-Sozialstatistikverordnung vom 19. Oktober 2019, welche mit 1. Jänner 2021 in Kraft trat, kam es zu Änderungen für die österreichische Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung mit Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit. Aufgrund dieser methodologischen Änderungen ist ein unmittelbarer Vergleich der Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition vor 2021 nur eingeschränkt möglich.

Tabelle 8

Arbeitnehmerentgelte

	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Bruttolohnsumme¹					
Nominell	-0,1	+4,6	+5,3	+4,7	+3,5
Konsumdeflator	+1,4	+2,5	+2,9	+2,2	+2,0
Real	-1,5	+2,2	+2,4	+2,5	+1,5
Kollektivvertragslöhne ¹	+2,4	+1,7	+3,2	+3,1	+2,7
Lohndrift	-0,4	+1,3	+0,3	+0,2	-0,1
Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten					
Brutto ² , nominell	+1,9	+3,0	+3,5	+3,3	+2,6
Brutto, real	+0,6	+0,5	+0,7	+1,1	+0,6
Netto ³ , real	+0,3	+0,1	+0,1	+0,6	+0,2
Arbeitnehmerentgelt je Stunde					
Brutto, nominell	+10,4	-1,9	+2,8	+2,1	+2,5
Brutto, real	+9,1	-4,3	+0,0	-0,1	+0,5
	in % des nominellen BIP				
Lohnquote	50,8	49,5	48,9	48,7	48,6

Quelle: 2020: Statistik Austria; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

¹ Gesamtwirtschaft.

² Inklusive Dienstgeberbeiträge.

³ Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

6 Energiepreisbedingter Inflationsdruck lässt Ende 2022 nach

Die HVPI-Inflationsrate wird im Jahr 2021 2,7% betragen, 2022 auf 3,2% ansteigen und dann auf 2,3% im Jahr 2023 und 2,0% im Jahr 2024 zurückgehen. Für die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation erwarten wir im Jahr 2021 eine Teuerungsrate von 2,3%. Die wirtschaftliche Erholung in Kombination mit angebotsseitigen Verknappungen führt zu einem weiteren Anstieg der Kerninflationsrate auf 2,5% im Jahr 2022. Trotz der Annahme, dass sich die Angebotsengpässe in der zweiten Jahreshälfte 2022 weitgehend auflösen, bleibt die Kerninflationsrate mit 2,4% im Jahr 2023 und 2,1% im Jahr 2024 über dem langfristigen Durchschnitt von 1,8%.

Entsprechend den Rohölpreis-Futures liegen die Notierungen zum Erdölpreis in Euro derzeit rund 20% über den Preisannahmen der Juni-Prognose. In den letzten Monaten sind jedoch nicht nur die Rohölpreise und folglich die Treibstoff- und Heizölpreise im HVPI stark angestiegen, sondern auch die Verbraucherpreise von Strom und Gas. Die Preissteigerungen im Energiebereich heben die Jahresinflation von Energie auf 10,9% im Jahr 2021 an (2020: -5,9%). Während die Terminnotierungen einen leichten Rückgang des Rohölpreises ab Jahresbeginn 2022 erwarten lassen, haben einige der größten Strom- und Gasanbieter Preissteigerungen vorgenommen sowie für Jänner 2022 angekündigt. Hinzu kommt die Einführung der CO₂-Steuer ab Juli 2022, die zu einem Anstieg der Verbraucherpreise für Benzin, Diesel, Heizöl und Gas beitragen wird. Infolgedessen wird die Jahresinflation von Energie auch für 2022 noch rund 10,5% betragen. Erst im Jahr 2023 geht die Energiepreisinflation auf 1,7% zurück.

Die Inflationsrate von *Industriegütern ohne Energie* ist seit Sommer 2021 stark angestiegen und wird mit 1,8% im Jahr 2021 deutlich über dem langfristigen Durchschnitt von 0,9% liegen. Für den Inflationsauftrieb waren vor allem die

Tabelle 9

HVPI-Prognose

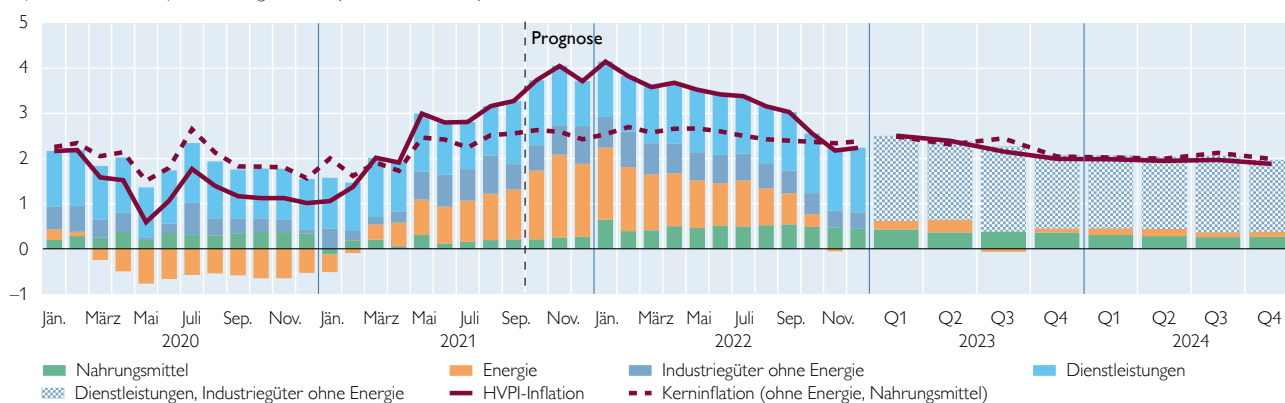
	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %				
HVPI	+1,4	+2,7	+3,2	+2,3	+2,0
HVPI Energie	-5,9	+10,9	+10,5	+1,7	+1,8
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	+2,0	+2,3	+2,5	+2,4	+2,1

Quelle: 2020: Statistik Austria; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

Grafik 4

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Preise für Bekleidung und Schuhe, Möbel und Einrichtungsgegenstände, Kraftfahrzeuge, Computer, Unterhaltungselektronik und elektrische Haushaltsgeräte verantwortlich. Insbesondere bei langlebigen Konsumgütern ist von einer partiellen Übertragung der hohen Rohstoffkosten auf die Endverbraucherpreise auszugehen. Zudem haben Basiseffekte und Verschiebungen der Ausverkaufsperioden im Vorjahr in einzelnen Monaten die Inflationsrate ansteigen lassen. Lieferengpässe (wie beispielsweise bei Halbleitern) sowie die Unterbrechung von Transportketten sorgen auch weiterhin für Preisdruck. Da sich die bestehenden Angebotsengpässe gemäß den aktuellen Annahmen erst ab Jahresmitte 2022 aufzulösen beginnen, wird für 2022 eine Jahresinflationsrate von 1,9 % bei nichtenergetischen Industriegütern erwartet.

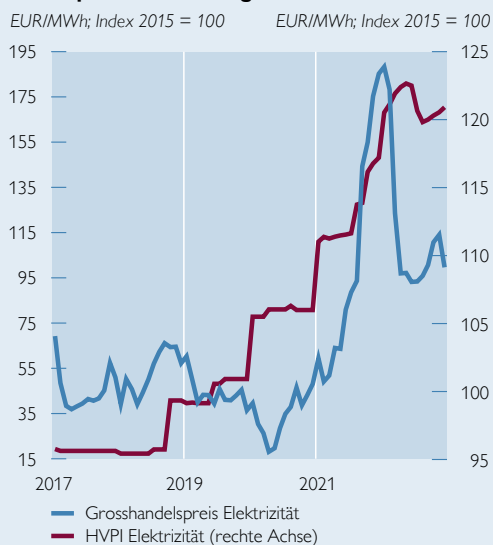
Starker Anstieg der Energiepreise im zweiten Halbjahr 2021

Auf den Großhandelsmärkten für Gas und Elektrizität wurde in den letzten Monaten eine dynamische Preisentwicklung beobachtet. Von Jahresbeginn bis Oktober 2021 stiegen die Großhandelspreise von Gas um rund 350 % und erreichten einen historischen Höchststand. Ausschlaggebend dafür waren die starke Nachfrage aus Asien und die relativ geringen Lagerbestände in Europa.

Grafik K1

Entwicklung der Energiepreise

Strompreisentwicklung



Gaspreisentwicklung

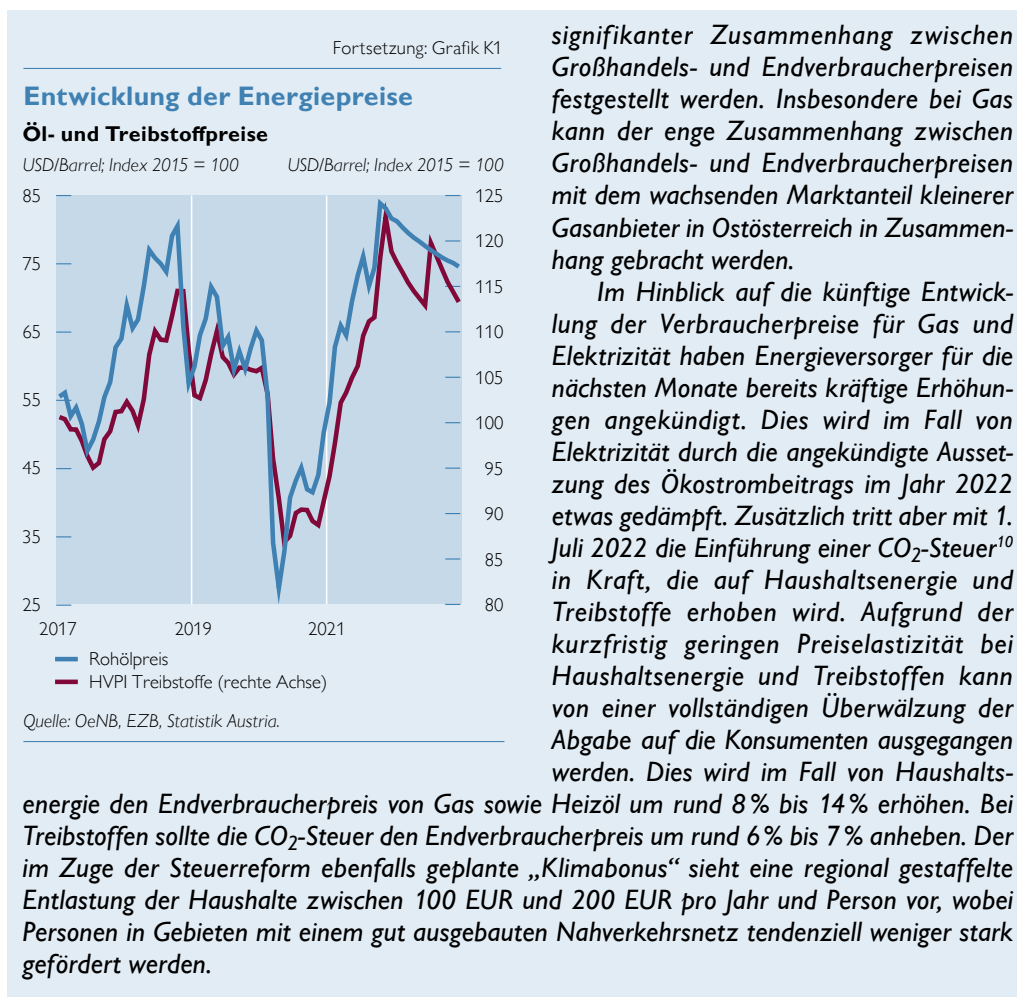


Quelle: OeNB, EZB, Statistik Austria.

Auch der Großhandelspreis für Elektrizität stieg stark an und lag im Oktober um rund 160 % höher als zu Jahresbeginn. Diese Entwicklung ist sowohl auf die konjunkturbedingt gestiegene Nachfrage nach Elektrizität zurückzuführen als auch auf die Verteuerung fossiler Energieträger wie Gas, die teilweise zur Elektrizitätsproduktion herangezogen werden. Rund ein Viertel der österreichischen Elektrizitätsproduktion erfolgt mittels fossiler Energieträger. Neben Elektrizität und Gas verzeichnete auch der Rohölpreis zuletzt einen starken Anstieg. Die Entscheidung der OPEC das Angebot an Rohöl nur leicht zu erhöhen, konnte die globale Nachfrage nicht ausgleichen.

Laut den gegenwärtigen Terminnotierungen ist in den kommenden Monaten nur bei Rohöl eine Entspannung zu erwarten.⁹ Die Notierungen der Großhandelspreise für Gas und Elektrizität bleiben vorerst auf hohem Niveau bzw. steigen im Jänner 2022 noch weiter an. Erst ab dem zweiten Quartal 2022 werden auch die Großhandelspreise für Gas und Strom mit deutlichen Abschlägen gehandelt. Die Übertragungsgeschwindigkeit der Großhandelspreise auf die Endverbraucherpreise hat sich seit Herbst 2020 deutlich beschleunigt. Hierbei ist auch festzustellen, dass sich jene von Gas schneller als jene von Elektrizität auf die Endverbraucherpreise übertragen. Empirisch zeigt sich, dass sich seit April 2021 die Gasgroßhandelspreise bereits nach einem Monat auf die Endverbraucherpreise übertragen, während vor diesem Zeitpunkt die Übertragung in die Endverbraucherpreise annähernd ein Jahr benötigte. Die Zeitverzögerung bei der Übertragung der Großhandelspreise für Elektrizität auf die Konsumentenpreise belief sich zuletzt aufgrund vier Monate. Vor der starken Beschleunigung der Elektrizitätspreise im Herbst 2020 konnte kein

⁹ Anfang Dezember 2021 und damit nach Festlegung der Prognoseannahmen gingen die Rohölpreise stark zurück.



Die Inflationsrate von *Dienstleistungen* wird im Jahr 2021 mit 2,5 % in etwa gleich hoch bleiben wie im Vorjahr. Während die Mietpreise im Jahresverlauf gesunken sind, stiegen die Inflationsraten vor allem bei Beherbergungsdienstleistungen, aber auch für Restaurantbesuche in der 2. Jahreshälfte deutlich an. Die Beschleunigung der Teuerungsrate in diesen Sektoren dürfte jedoch aufgrund des neuerlichen Lockdowns im November und Dezember 2021 sowie der derzeit gültigen deutschen Reisewarnung (zumindest vorübergehend) nachlassen. Erst mit Auslaufen der Eindämmungsmaßnahmen Anfang nächsten Jahres wird ein erneuter Anstieg der Inflationsrate für tourismusnahe Dienstleistungen erwartet. Für Bewirtungs- und Beherbergungsdienstleistungen wurde von Juli 2020 bis Dezember 2021 eine Reduktion des Mehrwertsteuersatzes auf 5 % vorgenommen, um die Unternehmen finanziell zu unterstützen. In der aktuellen Prognose gehen wir davon aus, dass die Rücknahme der Steuersenkung wie von der Regierung intendiert nicht an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben wird.

Bei *Nahrungsmitteln* (einschließlich Alkohol und Tabak) erwarten wir für das Jahr 2021 eine Teuerungsrate von 1,0 %, die sich im Jahr 2022 auf 2,9 % beschleunigt.

¹⁰ Die CO₂-Steuer befindet sich derzeit in Begutachtung und sieht eine Abgabe von 30 EUR pro Tonne CO₂-Emission vor. Die Abgabe soll stufenweise bis auf 55 EUR im Jahr 2025 erhöht werden.

nigen wird. Für den Inflationsanstieg sind vor allem steigende Preiserwartungen für globale Agrarrohstoffe verantwortlich, die zu einer Verteuerung importierter Nahrungsmittel führen. Zudem wird die Tabaksteuererhöhung die Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Tabak) im Jahr 2022 um 0,2 Prozentpunkte anheben. Im Jahr 2023 sollte die Inflationsrate für Nahrungsmittel auf 2,2% zurückgehen, da die Inflationseffekte der Tabaksteueranhebung auslaufen. Außerdem dämpft der den Annahmen zugrundeliegende Rückgang der globalen Agrarrohstoffpreise im Jahr 2023 die Inflationsrate im Nahrungsmittelsektor.

7 Budgetdefizit bereits 2022 wieder unter 3% des BIP¹¹

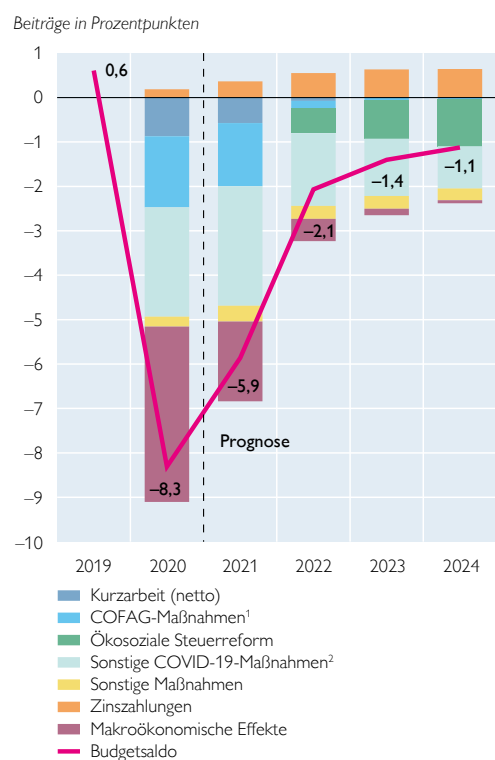
Das Budgetdefizit verbessert sich 2021 dank der konjunkturellen Erholung deutlich gegenüber 2020, bleibt mit 5,9% des BIP jedoch noch hoch. Bereits 2022 fällt es mit der weiteren Erholung und dem Auslaufen der diskretionären COVID-19-Maßnahmen mit 2,1% deutlich unter die Maastricht-Grenze von 3%. Die ökosoziale Steuerreform, die ab 2022 gestaffelt in Kraft tritt, beeinträchtigt die

positive Budgetentwicklung kaum. Aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums wird auch die Staatschuldenquote vom historischen Höchststand von 83,2% des BIP im Jahr 2020 bereits 2021 geringfügig zurückgehen. Über den Prognosehorizont sinkt sie dann kontinuierlich bis auf 75,5% des BIP im Jahr 2024.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie verschlechterte sich der Budgetsaldo 2020 um etwa 9 Prozentpunkte auf (-8,3% des BIP, siehe rosa Linie in Grafik 5). Hauptgründe hierfür waren zum einen die Wirkung der automatischen Stabilisatoren angesichts des starken Wirtschaftseinbruchs, die das konjunkturell bedingte Steueraufkommen stark reduzierten und konjunkturabhängige Ausgaben erhöhten, wie z. B. Arbeitslosenzahlungen (rote Balken). Zum anderen führten die umfangreichen fiskalischen Stützungsmaßnahmen im Rahmen der COVID-19-Pandemie zu deutlich höheren Ausgaben und geringeren Einnahmen durch Steuerstundungen und -senkungen (Balken in verschiedenen Blautönen).

Auch 2021 ist von einem im historischen Vergleich sehr hohen – allerdings

Grafik 5
Veränderung Budgetsaldo zu 2019



¹¹ Aufgrund des Redaktionsschlusses für Daten am 1. Dezember 2021 ist die ökosoziale Steuerreform gemäß dem damaligen Informationsstand dargestellt. Die geänderte parametrische Umsetzung hat einen vernachlässigbaren Einfluss auf Budgetsaldo und Schuldenquote.

bereits geringerem – Budgetdefizit auszugehen. Dank der deutlichen konjunkturellen Erholung sowie des schrumpfenden Volumens der Subventionen für Kurzarbeit, Umsatzentgang und Fixkosten wird sich der Budgetsaldo auf $-5,9\%$ des BIP verbessern. Der deutliche Rückgang der Subventionen wird auch durch den neuerlichen dreiwöchigen österreichweiten Lockdown (22. November bis 12. Dezember) und die einhergehenden fiskalischen Maßnahmen zu dessen Lindering (Verlängerung Kurzarbeit, Härtefallfonds, Verlustersatz, Ausfallsbonus, NPO- und Künstlerunterstützung) nicht umgekehrt. Die Kosten dieser fiskalischen Maßnahmen belaufen sich auf etwa 0,4 Mrd EUR pro Woche, wofür die Kosten der „harten“ Lockdowns Ende 2020 und Anfang 2021 als Berechnungsbasis dienten.

Das Volumen sonstiger expansiver Fiskalmaßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise (türkise Balken in Grafik 5) steigt hingegen noch geringfügig an. Dies liegt vor allem an Investitionsanreizen für den privaten Sektor zur Stimulierung der Konjunktur, Steuersenkungen, sowie zusätzlichen Ausgaben für medizinische Ausrüstung, Testungen und Impfungen. Reduzierte Vorauszahlungen bei Körperschaft- (KöSt) und veranlagter Einkommensteuer (ESt) sowie Steuerstundungen spielen im Jahr 2021 keine Rolle mehr. „Windfall gains“, also hohe, weitgehend konjunkturunabhängige Steuereinnahmen, wie etwa die Kapitalertragssteuer auf Dividenden, begünstigen die Budgetverbesserung.

In den Folgejahren ist von deutlich niedrigeren Budgetdefiziten auszugehen. Bereits 2022 sollte das Budgetdefizit wieder geringer als 3% des BIP sein und damit das Maastricht-Kriterium erfüllen. Dies liegt an der Fortsetzung der konjunkturellen Erholung und insbesondere am stark schrumpfenden Beitrag der diskretionären COVID-19-Maßnahmen. Die Subventionen für Kurzarbeit, die Umsatzausfälle und Einkommensstützung für Selbständige und NPOs liegen nur mehr bei etwa $\frac{1}{4}\%$ des BIP; zudem fällt auch die temporäre Umsatzsteuersenkung für Hotels und Restaurants weg.

Auch die ökosoziale Steuerreform, die ab 2022 schrittweise in Kraft tritt, beeinträchtigt die positive Budgetentwicklung kaum. Da viele der Maßnahmen erst Mitte 2022 oder 2023/24 in Kraft treten, wird das steigende Gesamtvolumen (grüne Balken in Grafik 5), vor allem durch den Rückgang der Aufwendungen für Investitionsanreize kompensiert. Die Steuerreform besteht vor allem aus einer mittels Klimabonus an die Haushalte rückerstatteten CO₂-Bepreisung, aus der Senkungen der Krankenversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen sowie der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer (Tabelle 10). Weitere kleinere Klima- und Umweltschutzmaßnahmen umfassen die Subvention thermischer Sanierungen, den Umstieg auf weniger klimaschädliche Heizsysteme und eine Öko-Investitionsprämie. Der budgetverbessernde Beitrag (orange Balken in Grafik 5), den die gesunkenen Zinszahlungen im Vergleich zu 2019 leisten, steigt im Prognosehorizont an.

Tabelle 10

Parameter-Änderungen durch die ökosoziale Steuerreform

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>in EUR</i>					
CO ₂ -Preis pro Tonne CO ₂ -Äquivalent ¹	0	30	35	45	55
Familienbonus Plus pro Kind (bis 18 Jahre) ²	1.500	2.000	2.000	2.000	2.000
Familienbonus Plus pro Kind (18+) ²	500	650	650	650	650
Kindermehrbetrag pro Kind ²	250	450	450	450	450
Steuerfreie Mitarbeiter-Gewinnbeteiligung	0	3.000	3.000	3.000	3.000
Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter	800	1.000	1.000	1.000	1.000
Klimabonus pro Person ³	0	100–200	Erstattung CO ₂ -Steuer-Aufkommen		
<i>in %</i>					
ESt-Satz v. 18.000 – 31.000 EUR ⁴	35	30	30	30	30
ESt-Satz v. 31.000 – 60.000 EUR ⁵	42	42	40	40	40
Gewinnfreibetrag für die ersten 30.000 EUR Gewinn ⁶	13	15	15	15	15
KöSt-Satz	25	25	24	23	23
Senkung KV-Beitrag-Arbeitnehmer	3,87	Gestaffelte Reduktion für niedrige Einkommen			

Quelle: BMF, Darstellung OeNB.

Anmerkung: ESt = Einkommensteuer (inkl. Lohnsteuer); EStG = Einkommensteuergesetz.

¹ Einführung am 1.7.2022.

² Erhöhung am 1.7.2022.

³ Nach Wohnort; 50 % für Kinder.

⁴ Senkung am 1.7.2022.

⁵ Senkung am 1.7.2023.

⁶ Für Selbstständige im EStG.

Die Maßnahmen, die im Rahmen des Recovery and Resilience Fonds der EU (als Teil der EU NGEU-Initiative) getätigt werden, spielen aus budgetärer Sicht keine Rolle, da sie durch EU-Gelder finanziert werden – und daher budgetneutral verbucht werden. Das Gesamtvolumen dieser zusätzlichen Investitions- und strukturellen Maßnahmen ist mit 1 % des BIP verteilt über sieben Jahre sehr gering.

Der Anstieg der Schuldenquote um beinahe 13 Prozentpunkte auf 83,2 % des BIP im Jahr 2020 war dem Wirtschaftseinbruch und dem hohen Budgetdefizit geschuldet. Aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums wird die Staatsschuldenquote bereits 2021 geringfügig sinken und dann – auch aufgrund der geringeren Budgetdefizite – kontinuierlich auf etwa 75 % des BIP im Jahr 2024 zurückgehen.

8 Omikron-Mutante bestimmt Prognoserisiken

Das bedeutendste Abwärtsrisiko besteht hinsichtlich der weiteren pandemischen Entwicklung und den sich daraus ergebenden Folgen. Eine hohe Unsicherheit geht dabei von der vor kurzem entdeckten Omikron-Mutante des Corona-Virus aus. Derzeit ist lediglich bekannt, dass diese Mutante erheblich ansteckender ist als die bisherigen Varianten. Sollte diese Mutation auch zu häufigeren Immunsierungsdurchbrüchen, schwereren Krankheitsverläufen oder einer höheren Intensivhospitalisierungsrate führen, könnte das global striktere Eindämmungsmaßnahmen zur Folge haben, mit den entsprechenden negativen Auswirkungen. Erneute Stilllegungen von zentralen Seehäfen für den Welthandel aufgrund von neuen Ausbruchswellen würden die Auflösung der Lieferkettenengpässe verzögern. Zudem könnten Einreiseverbote und Reisewarnungen den globalen Tourismus erneut zum Erliegen bringen und damit die Nachfragerückverschiebung von

Gütern zu Dienstleistungen bremsen, was die globalen Lieferketten zusätzlich belasten und für weiteren Preisdruck sorgen könnte.

Ein weiteres internationales Abwärtsrisiko stellt die Möglichkeit einer Immobilienkrise in China dar. Wohnbauinvestitionen waren in der Vergangenheit eine zentrale Stütze der chinesischen Konjunktur und eine Insolvenzkrise im Immobiliensektor könnte sich auf andere Sektoren und andere asiatische Länder übertragen. Ebenso könnten weitere Stilllegungen von Kraftwerken zur Einhaltung der chinesischen Emissionsziele die Produktion dämpfen, wobei hier kurzfristige Wachstumsziele den längerfristigen Klimazielen entgegenstehen. Ein geringeres Wachstum Chinas würde die externen internationalen Rahmenbedingungen, die der Prognose zu Grunde liegen, verschlechtern und sich dämpfend auf die Exportentwicklung auswirken.

Als wichtigstes Aufwärtsrisiko wird eine schnellere Verfügbarkeit von Impfstoffen in den Schwellenländern gesehen. Weiters könnten sich die globalen Lieferengpässe schneller als erwartet (d. h. vor dem Sommer 2022) auflösen. Dadurch würden sich die Wachstumsaussichten für Produktion, Warenexporte und Investitionen verbessern.

Die inländischen Risiken sind ebenfalls weitgehend pandemiebedingt. So kann ein erneuter Anstieg im Infektionsgeschehen zu weiteren Ausgangsbeschränkungen im Winter 2021/22 führen. Dies würde neben dem Handel und kontaktintensiven Dienstleistungen vor allem den Tourismus betreffen. Neben diesem Abwärtsrisiko gibt es jedoch auch Aufwärtsrisiken für das Wachstum vor allem im Jahr 2022. So kann die wirtschaftliche Erholung nach dem vierten Lockdown stärker ausfallen als erwartet. Dazu kann eine stärkere Auflösung der während der Pandemie angehäuften Überschussersparnisse beitragen.

Für die Inflation überwiegen über den gesamten Prognosehorizont die aufwärtsgerichteten Risiken. Für das Jahr 2022 geht ein Aufwärtsrisiko von einer möglichen Übertragung der Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung auf die Verbraucherpreise der Beherbergungs- und Gastronomiedienstleistungen aus. Ebenso könnte die Inflationsrate der Industriegüter ohne Energie höher ausfallen, sollte sich die dynamische Entwicklung der Erzeugerpreise für den Produzierenden Bereich weiter fortsetzen. Mittelfristig könnten sich zusätzlich notwendige Maßnahmen zur Erreichung der Emissionsziele (CO₂-Neutralität) durch Preissteigerungen im Energiebereich (Öl und Gas) bemerkbar machen. Ein Anstieg der Inflationserwartungen sowie (sektoraler) Arbeitskräftemangel könnten eine steigende Lohndynamik begünstigen und für zusätzlichen Preisdruck sorgen.

9 Stärkeres Wachstum zur Jahresmitte 2021 treibt Prognoserevision

Die unerwartet starke Konjunkturdynamik zur Jahresmitte 2021 ist der bestimmende Faktor hinter der Aufwärtsrevision des BIP-Wachstums auf 4,9 %. Sie überwiegt die Effekte der Abwärtsrevision des Wirtschaftswachstums bis zum ersten Quartal 2021 und der vierten Corona-Welle und führt zu einem um 1,0 Prozentpunkte höheren Wachstum als noch im Rahmen der Prognose vom Juni 2021 erwartet worden war. Die Prognose für das Jahr 2022 wurde nur geringfügig (+0,1 Prozentpunkte) nach oben revidiert. Der höhere statistische Überhang aus dem Jahr 2021 und ein positiver Effekt der externen Annahmen durch die Auflösung

der globalen Lieferengpässe¹² würden eine deutliche Aufwärtsrevision bedingen, was durch die negativen Effekte der vierten Corona-Welle kompensiert wird. Für das Jahr 2023 trägt die Auflösung der Lieferengpässe 1,2 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei. Durch das höhere Wachstum in den Jahren 2021 und 2022 ist der wirtschaftliche Aufholprozess zu Beginn des Jahres 2023 allerdings schon weiter fortgeschritten als im Juni erwartet wurde, wofür in der Prognose ein dämpfender Effekt in der Höhe von 0,5 Prozentpunkten unterstellt wurde.

Die Inflationsprognose wurde gegenüber der Prognose vom Juni 2021 für den gesamten Prognosezeitraum – insbesondere für 2022 – deutlich nach oben revidiert. Für 2021 betrug die Aufwärtsrevision 0,7 Prozentpunkte, für 2022 rund 1,4 Prozentpunkte und für 2023 immerhin noch 0,5 Prozentpunkte. Vor allem höhere Rohölpreise sind für die Aufwärtsrevisionen in den Jahren 2021 und 2022 ausschlaggebend. Hinzukommen stärkere Preissteigerungen bei Gas und Strom, die Einführung einer CO₂-Steuer sowie anhaltende Angebotsengpässe.

Tabelle 11

Aufteilung der Prognoserevisionen

	BIP			HVPI		
	2021	2022	2023	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %					
Prognose vom Dezember 2021	+4,9	+4,3	+2,6	+2,7	+3,2	+2,3
Prognose vom Juni 2021	+3,9	+4,2	+1,9	+2,0	+1,8	+1,8
Differenz	+1,0	+0,1	+0,7	+0,7	+1,4	+0,5
Verursacht durch:	in Prozentpunkten					
Externe Annahmen	-0,2	+0,3	+1,2	+0,1	+0,7	+0,2
Neue Daten ¹	+1,6	+1,2	+0,0	+0,6	+0,4	+0,1
davon: Revision historischer Daten bis Q1 21	-0,6	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0
Prognosefehler für Q2 und Q3 21	+2,3	+1,2	+0,0	+0,6	+0,4	+0,1
Sonstiges ²	-0,5	-1,4	-0,5	+0,0	+0,3	+0,2

Quelle: OeNB-Prognosen vom Dezember 2021 und Juni 2021.

Anmerkung: Aufgrund von Rundungsdifferenzen kann die Summe der Wachstumsbeiträge aus den einzelnen Revisionen von der Gesamtrevision abweichen.

¹ „Neue Daten“ bezieht sich auf gegenüber der letzten Prognose neu vorliegende Daten für das BIP-Wachstum bzw. die Inflation.

² Unterschiedliche Annahmen über die Entwicklung heimischer Variablen wie Löhne, öffentlicher Konsum, Effekte steuerlicher Maßnahmen, sonstige Änderungen der Einschätzung, Modelländerungen.

¹² Die Lieferengpässe entwickelten sich deutlich stärker und persistenter als im Juni erwartet. Die Effekte aus deren Auflösung werden daher später einsetzen und stärker ausfallen.

Tabelle 12

Vergleich der OeNB-Prognosen vom Juni 2021 und Dezember 2021

	Dezember 2021				Revisionen gegenüber der Prognose vom Juni 2021		
	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023
Wirtschaftliche Aktivität	<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>						
Bruttoinlandsprodukt	+4,9	+4,3	+2,6	+1,8	1,0	0,1	0,7
Privater Konsum	+1,8	+5,7	+3,4	+2,4	-2,2	-0,1	1,6
Öffentlicher Konsum	+5,3	-0,9	+0,3	+0,7	3,2	-1,4	-0,5
Bruttoanlageinvestitionen	+5,7	+2,7	+1,9	+1,3	1,0	-0,6	0,1
Exporte insgesamt	+10,5	+3,2	+4,8	+2,5	3,4	-3,2	1,4
Importe insgesamt	+11,3	+1,9	+4,5	+2,4	3,9	-4,4	1,5
Leistungsbilanzsaldo	-1,3	-0,5	+1,0	+1,3	-3,4	-2,7	-1,4
Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP¹	<i>in Prozentpunkten</i>						
Privater Konsum	+0,6	+2,0	+1,2	+0,8	-1,1	0,3	0,5
Öffentlicher Konsum	+0,9	-0,2	+0,0	+0,1	0,5	-0,2	-0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+0,8	+0,4	+0,3	+0,2	-0,1	0,2	0,0
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	+2,3	+2,2	+1,5	+1,2	-0,6	0,2	0,4
Exporte	+2,9	+0,9	+1,4	+0,8	0,4	-0,3	0,3
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	+0,9	+0,0	+0,0	+0,0	1,0	0,0	0,0
Preise	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>						
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+2,7	+3,2	+2,3	+2,0	0,7	1,4	0,5
Deflator des privaten Konsums	+2,5	+2,9	+2,2	+2,0	0,4	1,1	0,5
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	+2,3	+2,3	+2,5	+1,9	0,0	0,4	0,9
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	-0,2	+0,9	+2,0	+1,6	0,4	0,8	0,6
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	+3,0	+3,5	+3,3	+2,6	0,8	0,6	0,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	-1,9	+2,8	+2,1	+2,5	-0,5	2,5	0,3
Importpreise	+4,9	+3,9	+1,8	+1,9	3,3	2,0	-0,1
Exportpreise	+2,6	+2,8	+2,3	+1,8	0,9	0,8	0,8
Terms of Trade	-2,2	-1,1	+0,4	-0,1	-2,3	-1,2	0,7
Einkommen und Sparen	<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>						
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-2,8	+3,3	+3,6	+2,5	-3,4	0,9	2,2
Sparquote	+9,6	+7,1	+7,3	+7,4	-1,4	-1,0	-0,5
Arbeitsmarkt	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>						
Unselbstständig Beschäftigte	+1,6	+1,7	+1,4	+0,8	0,4	0,1	0,5
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	+6,4	+2,4	+2,5	+0,9	1,7	-1,7	0,8
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,3	5,4	5,0	4,7	1,1	0,6	0,4
Budget	<i>in % des nominellen BIP</i>						
Budgetsaldo (Maastricht)	-5,9	-2,1	-1,4	-1,1	1,0	0,7	0,6
Staatsverschuldung	82,7	79,5	77,0	75,5	-2,4	-3,3	-4,9

Quelle: 2020 (realisiert): WIFO, Statistik Austria, OeNB; OeNB-Prognosen vom Juni 2021 und Dezember 2021.

¹ Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.

Tabellenanhang: Detaillierte Ergebnisse

Tabelle 13

Nachfragekomponenten (real)

Verkettete Volumenangaben (Referenzjahr = 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2020	2021	2022	2023	2024
	in Mio EUR					Veränderung zum Vorjahr in %				
Privater Konsum	175.110	178.289	188.475	194.880	199.481	-8,4	+1,8	+5,7	+3,4	+2,4
Öffentlicher Konsum	71.467	75.236	74.536	74.750	75.242	-0,4	+5,3	-0,9	+0,3	+0,7
Bruttoanlageinvestitionen	88.278	93.320	95.808	97.666	98.945	-5,0	+5,7	+2,7	+1,9	+1,3
davon: Ausrüstungsinvestitionen	28.502	31.064	31.847	32.384	32.893	-8,3	+9,0	+2,5	+1,7	+1,6
Wohnbauinvestitionen	17.212	17.705	17.631	17.962	18.233	+1,8	+2,9	-0,4	+1,9	+1,5
Investitionen in Nichtwohnbauten und sonstige Investitionen	22.681	23.975	25.588	26.114	26.324	-7,0	+5,7	+6,7	+2,1	+0,8
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	3.254	8.839	9.802	9.941	9.951	x	x	x	x	x
Inlandsnachfrage	338.109	355.684	368.621	377.237	383.618	-5,4	+5,2	+3,6	+2,3	+1,7
Exporte insgesamt	190.465	210.544	217.191	227.717	233.425	-11,5	+10,5	+3,2	+4,8	+2,5
Importe insgesamt	180.545	200.993	204.877	214.053	219.161	-9,3	+11,3	+1,9	+4,5	+2,4
Nettoexporte	9.920	9.551	12.313	13.664	14.264	x	x	x	x	x
Bruttoinlandsprodukt	348.029	365.235	380.935	390.901	397.882	-6,8	+4,9	+4,3	+2,6	+1,8

Quelle: 2020: Statistik Austria; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

Tabelle 14

Nachfragekomponenten (laufende Preise)

	2020	2021	2022	2023	2024	2020	2021	2022	2023	2024
	in Mio EUR					Veränderung zum Vorjahr in %				
Privater Konsum	190.212	198.450	215.738	228.080	238.105	-7,2	+4,3	+8,7	+5,7	+4,4
Öffentlicher Konsum	80.318	86.117	87.034	89.673	92.215	+3,9	+7,2	+1,1	+3,0	+2,8
Bruttoanlageinvestitionen	95.818	104.371	110.149	115.150	119.413	-3,3	+8,9	+5,5	+4,5	+3,7
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	2.412	12.455	15.083	15.240	14.788	x	x	x	x	x
Inlandsnachfrage	368.759	401.393	428.005	448.143	464.521	-3,7	+8,8	+6,6	+4,7	+3,7
Exporte insgesamt	193.997	220.099	233.394	250.297	261.197	-12,2	+13,5	+6,0	+7,2	+4,4
Importe insgesamt	184.153	214.902	227.621	242.197	252.581	-10,9	+16,7	+5,9	+6,4	+4,3
Nettoexporte	9.844	5.197	5.773	8.100	8.616	x	x	x	x	x
Bruttoinlandsprodukt	378.603	406.590	433.778	456.242	473.137	-4,7	+7,4	+6,7	+5,2	+3,7

Quelle: 2020: Statistik Austria; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

Tabelle 15

Nachfragekomponenten (Deflatoren)

	2020	2021	2022	2023	2024	2020	2021	2022	2023	2024
	2010 = 100					Veränderung zum Vorjahr in %				
Privater Konsum	108,6	111,3	114,5	117,0	119,4	+1,4	+2,5	+2,9	+2,2	+2,0
Öffentlicher Konsum	112,4	114,5	116,8	120,0	122,6	+4,3	+1,8	+2,0	+2,7	+2,2
Bruttoanlageinvestitionen	108,5	111,8	115,0	117,9	120,7	+1,8	+3,1	+2,8	+2,6	+2,4
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderungen)	109,4	112,1	115,1	117,9	120,4	+2,1	+2,5	+2,6	+2,4	+2,1
Exporte insgesamt	101,9	104,5	107,4	109,9	111,9	-0,8	+2,6	+2,8	+2,3	+1,8
Importe insgesamt	101,9	106,9	111,1	113,1	115,2	-1,8	+4,9	+3,9	+1,8	+1,9
Terms of Trade	99,9	97,7	96,7	97,1	97,1	+1,0	-2,2	-1,1	+0,4	-0,1
Bruttoinlandsprodukt	108,8	111,3	113,9	116,7	118,9	+2,3	+2,3	+2,3	+2,5	+1,9

Quelle: 2020: Statistik Austria; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

Tabelle 16

Arbeitsmarkt

	2020	2021	2022	2023	2024	2020	2021	2022	2023	2024
	in Tsd					Veränderung zum Vorjahr in %				
Erwerbstätige insgesamt	4.466,0	4.542,8	4.621,7	4.681,2	4.718	-1,6	+1,7	+1,7	+1,3	+0,8
davon: privater Sektor	3.700,0	3.769,1	3.844,1	3.902,7	3.939	-2,1	+1,9	+2,0	+1,5	+0,9
Unselbstständig Beschäftigte gemäß VGR	3.918,8	3.980,8	4.049,4	4.104,2	4.138	-2,0	+1,6	+1,7	+1,4	+0,8
	in % des Arbeitskräfteangebots									
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,1	6,3	5,4	5,0	4,7	x	x	x	x	x
	in EUR je realer Output-Einheit x 100									
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft ¹	63,1	63,0	63,5	64,8	65,8	+7,7	-0,2	+0,9	+2,0	+1,6
	in Tsd EUR je Beschäftigten									
Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft ²	77,9	80,4	82,4	83,5	84,3	-5,4	+3,2	+2,5	+1,3	+1,0
	in Tsd EUR									
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, real ³	45,2	45,5	45,8	46,2	46,5	+0,5	+0,5	+0,6	+1,0	+0,6
	zu laufenden Preisen in Tsd EUR									
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, brutto	49,1	50,6	52,4	54,1	55,5	+1,9	+3,0	+3,5	+3,3	+2,6
	zu laufenden Preisen in Mio EUR									
Arbeitnehmerentgelt insgesamt, brutto	192.519	201.420	212.074	222.052	229.759	-0,1	+4,6	+5,3	+4,7	+3,5

Quelle: 2020: Statistik Austria; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

¹ Bruttolohnsumme durch reales BIP.

² Reales BIP durch Gesamtbeschäftigung.

³ Bruttolohnsumme je Arbeitnehmer durch Konsumdeflator.

Tabelle 17

Leistungsbilanz

	2020	2021	2022	2023	2024	2020	2021	2022	2023	2024
	in Mio EUR					in % des nominellen BIP				
Handelsbilanz	10.899,0	1.361,2	5.241,0	11.221,4	13.839,0	2,9	0,3	1,2	2,5	2,9
Güterbilanz	3.032,0	-247,2	-1.190,9	454,2	1.994,8	0,8	-0,1	-0,3	0,1	0,4
Dienstleistungsbilanz	7.867,0	1.608,4	6.431,9	10.767,2	11.844,0	2,1	0,4	1,5	2,4	2,5
Einkommensbilanz	-426,0	-3.480,0	-4.072,0	-3.696,6	-3.718,3	-0,1	-0,9	-0,9	-0,8	-0,8
Transferbilanz	-3.271,0	-3.330,1	-3.340,3	-3.080,8	-3.745,6	-0,9	-0,8	-0,8	-0,7	-0,8
Leistungsbilanz	7.202,0	-5.448,9	-2.171,3	4.444,0	6.374,6	1,9	-1,3	-0,5	1,0	1,3

Quelle: 2020: Statistik Austria; 2021 bis 2024: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

Tabelle 18

Quartalsverlauf der Prognoseergebnisse

	2021	2022	2023	2024	2021				2022				2023				2024			
					Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Preise, Löhne, Kosten	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>																			
HVPI	+2,7	+3,2	+2,3	+2,0	+1,5	+2,6	+3,1	+3,8	+3,9	+3,5	+3,2	+2,3	+2,5	+2,4	+2,2	+2,0	+2,0	+2,0	+2,1	+2,0
HVPI ohne Energie	+2,3	+2,5	+2,4	+2,1	+1,8	+2,2	+2,4	+2,6	+2,6	+2,6	+2,4	+2,4	+2,5	+2,3	+2,5	+2,1	+2,0	+2,0	+2,3	+2,2
Deflator des privaten Konsums	+2,5	+2,9	+2,2	+2,0	+1,5	+2,4	+2,3	+3,6	+3,2	+3,1	+3,0	+2,2	+2,3	+2,3	+2,2	+2,1	+1,9	+1,9	+2,0	+2,1
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	+3,1	+2,8	+2,6	+2,4	+1,6	+3,2	+4,0	+3,3	+3,6	+2,6	+2,0	+3,0	+2,7	+2,6	+2,5	+2,4	+2,4	+2,4	+2,4	+2,3
BIP-Deflator	+2,3	+2,3	+2,5	+1,9	+2,0	+0,9	+2,1	+4,2	+3,1	+3,1	+2,4	+0,7	+2,2	+2,4	+2,7	+2,6	+2,2	+2,0	+1,7	+1,7
Lohnstückkosten	-0,2	+0,9	+2,0	+1,6	+3,8	-2,6	+0,7	-2,6	-1,2	+0,1	+2,3	+2,6	+2,1	+2,0	+1,7	+2,1	+2,2	+2,0	+1,5	+0,7
Löhne pro Beschäftigten, nominell	+3,0	+3,5	+3,3	+2,6	+1,4	+5,4	+3,6	+1,7	+3,1	+3,4	+3,2	+4,3	+3,9	+3,1	+3,0	+3,3	+3,3	+3,1	+2,5	+1,6
Produktivität	+3,2	+2,5	+1,3	+1,0	-2,3	+8,2	+2,9	+4,4	+4,4	+3,3	+0,9	+1,6	+1,7	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1	+1,0	+1,0	+0,9
Löhne pro Beschäftigten, real	+0,5	+0,6	+1,0	+0,6	-0,1	+3,0	+1,2	-1,8	-0,1	+0,3	+0,2	+2,1	+1,5	+0,8	+0,7	+1,2	+1,4	+1,1	+0,5	-0,5
Importdeflator	+4,9	+3,9	+1,8	+1,9	+1,2	+5,6	+6,3	+6,6	+5,6	+4,5	+3,2	+2,4	+1,8	+1,8	+1,9	+1,9	+2,0	+1,9	+1,8	+1,7
Exportdeflator	+2,6	+2,8	+2,3	+1,8	+0,9	+2,2	+3,2	+4,1	+3,5	+2,9	+2,5	+2,4	+2,4	+2,4	+2,3	+2,1	+1,9	+1,8	+1,8	+1,7
Terms of Trade	-2,2	-1,1	+0,4	-0,1	-0,3	-3,2	-2,9	-2,3	-2,0	-1,5	-0,7	+0,0	+0,6	+0,6	+0,4	+0,1	+0,0	-0,1	-0,1	+0,0
Wirtschaftliche Aktivität	<i>real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>																			
BIP	+4,9	+4,3	+2,6	+1,8	-0,4	+4,2	+3,8	-1,2	+0,8	+1,3	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,5	+0,5	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4
Privater Konsum	+1,8	+5,7	+3,4	+2,4	-3,5	+4,0	+7,0	-4,5	+3,8	+0,7	+0,5	+1,3	+0,9	+0,8	+0,7	+0,7	+0,6	+0,5	+0,4	+0,3
Öffentlicher Konsum	+5,3	-0,9	+0,3	+0,7	+0,5	+1,7	+0,5	-0,6	-0,9	-0,4	-0,1	+0,1	+0,3	+0,1	+0,0	+0,0	+0,1	+0,3	+0,3	+0,4
Bruttoanlageinvestitionen	+5,7	+2,7	+1,9	+1,3	+4,7	+0,8	-2,8	+1,9	+1,8	+0,5	+0,5	+0,4	+0,6	+0,5	+0,4	+0,4	+0,5	+0,2	+0,1	+0,1
Exporte	+10,5	+3,2	+4,8	+2,5	-1,6	+13,5	-2,3	-1,7	-1,5	+3,6	+2,0	+1,2	+0,8	+0,8	+0,8	+0,7	+0,5	+0,6	+0,6	+0,6
Importe	+11,3	+1,9	+4,5	+2,4	+5,9	+3,4	-2,1	-2,6	+1,1	+2,6	+1,6	+1,5	+0,8	+0,7	+0,7	+0,7	+0,6	+0,5	+0,5	+0,5
	<i>Beiträge zum Wachstum des realen BIP in Prozentpunkten</i>																			
Inlandsnachfrage	+3,4	+3,3	+2,2	+1,6	-0,4	+2,5	+2,8	-1,9	+2,1	+0,4	+0,3	+0,8	+0,6	+0,5	+0,5	+0,5	+0,4	+0,4	+0,3	+0,3
Nettoexporte	-0,1	+0,8	+0,4	+0,2	-4,1	+5,6	-0,2	+0,4	-1,4	+0,6	+0,3	-0,1	+0,0	+0,1	+0,0	+0,0	+0,0	+0,1	+0,1	+0,1
Lagerveränderungen	+1,6	+0,3	+0,0	+0,0	+4,2	-3,9	+1,2	+0,3	+0,1	+0,3	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0
Arbeitsmarkt	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>																			
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,3	5,4	5,0	4,7	7,0	6,7	5,7	5,6	5,8	5,4	5,3	5,2	5,1	5,0	5,0	4,9	4,8	4,8	4,7	4,7
	<i>Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>																			
Gesamtbeschäftigung	+1,7	+1,7	+1,3	+0,8	-0,7	+2,1	+1,4	-0,8	+0,5	+0,4	+0,5	+0,3	+0,2	+0,3	+0,3	+0,2	+0,1	+0,2	+0,2	+0,2
davon: privater Sektor	+1,9	+2,0	+1,5	+0,9	-0,8	+2,5	+1,6	-1,0	+0,6	+0,5	+0,6	+0,4	+0,3	+0,4	+0,3	+0,3	+0,1	+0,2	+0,2	+0,3
Unselbstständig Beschäftigte	+1,6	+1,7	+1,4	+0,8	-0,9	+2,2	+1,3	-0,9	+0,5	+0,5	+0,6	+0,3	+0,2	+0,3	+0,3	+0,2	+0,1	+0,2	+0,2	+0,2
Zusätzliche Variablen	<i>real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>																			
Verfügbares Haushaltseinkommen	-2,8	+3,3	+3,6	+2,5	-10,6	+2,4	+3,6	-2,1	+1,0	+1,0	+1,0	+0,9	+0,8	+0,8	+1,0	+1,1	+0,8	+0,3	+0,1	-0,3
	<i>in % des realen BIP</i>																			
Output-Gap	-3,2	-0,8	+0,1	+0,3	-7,0	-3,6	-0,3	-2,0	-1,7	-0,8	-0,6	-0,4	-0,1	+0,1	+0,2	+0,3	+0,3	+0,3	+0,3	+0,2

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2021.

Anmerkung: Quartalswerte saison- und arbeitstägig bereinigt ausgenommen für HVPI und HVPI ohne Energie.

Vergleich der aktuellen Wirtschaftsprognosen für Österreich

	OeNB				WIFO			IHS		
	Dezember 2021				Dezember 2021			Dezember 2021		
	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2021	2022	2023
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>										
Hauptergebnisse										
BIP (real)	+4,9	+4,3	+2,6	+1,8	+4,1	+5,2	+2,5	+4,3	+4,2	+2,6
Privater Konsum (real)	+1,8	+5,7	+3,4	+2,4	+3,4	+6,3	+2,9	+3,2	+5,1	+3,0
Öffentlicher Konsum (real)	+5,3	-0,9	+0,3	+0,7	+5,3	-2,0	-0,4	+4,0	-0,5	+0,2
Bruttoanlageinvestitionen (real)	+5,7	+2,7	+1,9	+1,3	+5,7	+4,8	+1,8	+6,4	+4,0	+3,0
Exporte (real)	+10,5	+3,2	+4,8	+2,5	+10,2	+8,5	+4,2	+9,2	+7,1	+4,3
Importe (real)	+11,3	+1,9	+4,5	+2,4	+12,6	+6,1	+3,9	+10,4	+6,7	+4,1
Arbeitsproduktivität ¹	+3,2	+2,5	+1,3	+1,0	-2,4	+0,7	+0,5	+1,9	+2,2	+1,5
BIP-Deflator	+2,3	+2,3	+2,5	+1,9	+1,6	+2,8	+2,1	+1,5	+2,4	+2,0
VPI	x	x	x	x	+2,8	+3,3	+2,2	+2,8	+2,8	+1,9
HVPI	+2,7	+3,2	+2,3	+2,0	+2,8	+3,4	+2,2	+2,8	+2,8	+1,9
Lohnstückkosten	-0,2	+0,9	+2,0	+1,6	+1,1	-0,1	+2,6	+0,2	+1,0	+1,2
Beschäftigte ²	+1,7	+1,7	+1,3	+0,8	+2,4	+1,9	+1,7	+2,3	+2,0	+1,1
<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>										
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,3	5,4	5,0	4,7	6,4	4,8	4,4	6,4	5,5	5,3
<i>in % des nominellen BIP</i>										
Leistungsbilanz	-1,3	-0,5	1,0	1,3	-0,8	0,8	0,8	x	x	x
Budgetsaldo (Maastricht)	-5,9	-2,1	-1,4	-1,1	-6,2	-1,8	-0,6	-5,9	-1,9	-1,3
Prognoseannahmen										
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	71,8	77,5	72,3	69,4	71,0	69,0	66,0	71,0	68,0	65,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,5	-0,5	-0,2	0,0	-0,6	-0,4	0,4	-0,5	-0,5	-0,1
USD/EUR-Wechselkurs	1,20	1,10	1,10	1,10	1,18	1,12	1,08	1,18	1,13	1,14
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>										
BIP real, Euroraum	+5,1	+4,2	+2,9	+1,6	+5,2	+4,2	+2,4	+5,0	+4,3	+2,2
BIP real, USA	+5,5	+4,2	+3,0	+2,5	+5,5	+4,4	+2,2	+5,8	+4,0	+2,0
BIP real, Welt	+5,9	+4,4	+3,8	+3,4	x	x	x	+5,6	+4,4	+3,0
Welthandel ³	+10,2	+4,5	+4,9	+3,7	x	x	x	+9,5	+3,2	+3,2

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF, Europäische Kommission.

Anmerkung: x = keine Werte vorhanden.

¹ OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde; IHS, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigten.

² WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.

³ IHS: Waren laut CPB; EK: Weltimporte.

Fortsetzung: Tabelle 19

Vergleich der aktuellen Wirtschaftsprognosen für Österreich

	OECD			IWF		EU-Kommission		
	Dezember 2021			Oktober 2021		November 2021		
	2021	2022	2023	2021	2022	2021	2022	2023
Hauptergebnisse								
Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP (real)	+4,1	+4,6	+2,5	+3,9	+4,5	+4,4	+4,9	+1,9
Privater Konsum (real)	+3,7	+5,8	+2,6	x	x	+4,2	+6,3	+2,4
Öffentlicher Konsum (real)	+3,1	+0,2	+0,5	x	x	+3,4	-0,1	+0,4
Bruttoanlageinvestitionen (real)	+7,9	+4,4	+2,9	x	x	+8,3	+4,2	+2,3
Exporte (real)	+10,4	+8,1	+5,6	+7,7	+5,3	+8,4	+9,0	+5,4
Importe (real)	+11,6	+6,9	+5,3	+8,4	+4,6	+9,9	+8,1	+5,7
Arbeitsproduktivität ¹	x	x	x	x	x	+2,6	+3,0	+1,2
BIP-Deflator	+1,6	+2,8	+2,1	+2,3	+2,3	+1,8	+2,2	+2,1
VPI	x	x	x	x	x	x	x	x
HVPI	+2,8	+3,0	+2,3	+2,5	+2,4	+2,7	+2,5	+2,0
Lohnstückkosten	x	x	x	x	x	-0,5	-0,7	+1,8
Beschäftigte ²	x	x	x	+0,6	+1,0	+1,7	+1,9	+0,6
in % des Arbeitskräfteangebots								
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,0	4,7	4,5	6,4	6,0	5,0	4,6	4,5
in % des nominellen BIP								
Leistungsbilanz	-0,2	0,1	0,3	1,6	2,0	-0,1	-0,2	-0,5
Budgetsaldo (Maastricht)	-6,3	-2,3	-1,1	-5,8	-2,9	-5,9	-2,3	-1,3
Prognoseannahmen								
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	80,0	80,0	80,0	65,7	64,5	71,6	78,9	72,3
Kurzfristiger Zinssatz in %	x	x	x	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,3
USD/EUR-Wechselkurs	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20
Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP real, Euroraum	+5,2	+4,3	+2,5	+5,0	+4,3	+5,0	+4,3	+2,4
BIP real, USA	+5,6	+3,7	+2,4	+6,0	+5,2	+5,8	+4,5	+2,4
BIP real, Welt	+5,6	+4,5	+3,2	+5,9	+4,9	+5,7	+4,5	+3,5
Welthandel ³	+9,3	+4,9	+4,5	+9,7	+6,7	+9,1	+6,4	+4,7

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF, Europäische Kommission.

Anmerkung: x = keine Werte vorhanden.

¹ OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde; IHS, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigten.

² WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.

³ IHS: Waren laut CPB; EK: Weltimporte.

